Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25. | **Freitag, den 30. Januar 1903.** | 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Kehrseite der Präsidentenkrise.

= Die Präsidialkrisis des Reichstags, welche durch die plötzliche Amtsniederlegung Ballestrems hervorgerufen ist, hat, wenn diese Zeilen die Druckerpresse verlassen, voraussichtlich schon ihre Lösung gefunden. Und zwar eine Lösung in der Art, daß der schlesische Jesuitenzögling, Millionär und Grubengraf wieder breit auf dem Präsidentenstuhl sitzt. Es kommt ihm nur darauf an, sich ein Vertrauensvotum von der Mehrheit zu holen, das erschien bereits bei seiner bombastischen, aber unlogischen Niederlegungsmotivirung klar. Ist er mal der „Büttel der Mehrheit“, so soll diese es auch nicht wagen, zu mucksen. Das Vertrauensvotum, welches sie ihm geben müssen, ist zugleich der Maulkorb, den der Büttel-Präsident seiner Mehrheit umlegt. Die weißen Zettel der Linken werden ihn nicht sehr bedrücken. Er weiß ohnedies, daß er unser Vertrauen nicht hat.

Der Unterschied zwischen dieser Präsidialkrisis und denen von früher liegt darin, daß ehedem Präsidenten demissionirten, weil sie nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit besaßen. Dieser Präsident hat das Vertrauen der Mehrheit und die Ursache seiner Amtsniederlegung war ein bloßer Kunstgriff.

Es drängt sich bei dieser Gelegenheit die Erinnerung auf an die Art, wie die früheren Präsidenten Forckenbeck und Levetzow ihr präsidiales Ende erreichte. Forckenbeck hatte im Jahre 1878 noch einmal das Präsidium übernommen, gegen eine konservative Opposition von 119 Stimmen. Inzwischen trat die Frage des Schutzzolles in den Vordergrund, ähnlich wie heute. In den Zollkämpfen zeigte sich Ballestrem ja zuerst als der Beuger des Rechts im Dienste der Mehrheit. 203 Reichstagsmitglieder veröffentlichten 1878 eine schutzzöllnerische Erklärung. Trotzdem betrat Forckenbeck, der Gegner des Schutzzolls, im Frühjahr 1879 wieder den Präsidentenplatz. Nicht lange. Schon im Mai desselben Jahres sah er ein, daß es mit seinen wirthschaftspolitischen Anschauungen unverträglich sei, fernerhin den Reichstag zu leiten. „Aus Gesundheitsrücksichten“ legte er nieder und „infolge des Gegensatzes, in welchen er in Bezug auf tiefgreifende Fragen mit der Mehrheit des Hauses gekommen sei.“ Es waren die Fragen der Zoll- und Wirthschaftspolitik.

Der Präsident Levetzow, der seit 1881 bis 1884 und später von 1888 bis 1895 präsidirte, legte das Präsidium auf Veranlassung der Konservativen nieder, die damit eine große politische Demonstration ausüben wollten, jedoch gründlich hineinfielen. Am 1. April 1895 feierte Bismarck, der abgedankte Liebling der Ausbeuter und Scharfmacher, seinen achtzigsten Geburtstag und der Reichstag war angegangen, zu diesem Tage in Friedrichsruhe zu katzbuckeln. Er lehnte dies jedoch durch Mehrheitsbeschluß ausdrücklich ab. Levetzow warf darauf das Präsidium hin; solchem Reichstag könne er nicht mehr präsidiren! Die erhoffte Wirkung der Maßregel blieb völlig aus, wohl aber sahen sich die Junker, sehr zu ihrem Schaden, für die ganze Session vom Präsidium ausgeschlossen und haben seitdem niemals wieder die Leute ihres Vertrauens auf dem Präsidentenstuhl zu ähnlichen Dummheiten überredet.

Die Ursache der gegenwärtigen Präsidialkrise ist eine wesentlich andere, schlimmere. Sind früher Präsidenten gestrauchelt, weil sie mit der Mehrheit nicht einverstanden waren, so strauchelte der jetzige Präsident über seine eigene Handlungen. Er hatte das Recht gebeugt; er hatte den Versuch gemacht, die Redefreiheit zu beschränken und er hatte die Bestimmungen verletzt, die er selbst für die parlamentarische Behandlung von Kaiserreden aufgestellt hatte. Selbst wenn es richtig wäre, was der rechtsbrüchige Präsident sagte, der Fall Krupp sei eine private Angelegenheit, so hätte er die Besprechung nicht hindern können, da die Kaiserreden zum Fall Krupp authentisch waren und die Breslauer Kaiserrede auch im „Reichsanzeiger“ gestanden hatte. Indem er dies doch that, machte er sich einer schweren Inkonsequenz schuldig, die ihn um so mehr blosstellte und sein Ansehen um so mehr total zerstörte, als er Tags vorher einem Zentrumsmitgliede des Hauses, dem Dr. Schädler, die schärfste Kritik an einer anderen kaiserlichen Kundgebung, die nicht im „Reichsanzeiger“ gestanden hatte, an dem Swinemünder Kaisertelegramm, ausdrücklich gestattete. Es war im Reichstage bekannt geworden, daß Präsident Ballestrem sich von dem Vize-Präsidenten Büsing hatte in die Hand versprechen lassen, daß er Dr. Schädler an seinen Ausführungen nicht hindern wolle. Derselbe Präsident wagte dann für den sozialdemokratischen Redner Vollmar ein minderes Recht zu stipuliren. Das war selbst den Konservativen und dem Zentrum an Widerspruch und Eigenmächtigkeit etwas zu viel; sie ergingen sich im Stillen in mißbilligenden Aeußerungen.

Die Folge war, daß der Präsident zwei Tage später sich nicht getraute, Bebel zu unterbrechen, als dieser, unter höchst geschickter äußerlicher Ausscheidung des Falles Krupp, dennoch die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Kaiserreden auf das Schärfste kritisirte. Durch diese seine Zurückhaltung aber war der Präsident in heilloser Wuth. Er war nun wirklich gänzlich in Widersprüche verstrickt und er zog sich aus der unhaltbaren Situation durch eine Komödie der Amtsniederlegung, die darauf berechnet war, ein Vertrauensvotum einzuheimsen.

Für die Sozialdemokratie, die dem Ballestrem nicht einen beschriebenen Zettel widmen wird, kann übrigens die Wiederwahl Ballestrems nichts Ungünstiges bedeuten. Der pfiffige Jesuitenzögling schaufelt sich nur selbst sein Grab. Nachdem er einmal Bebel erlaubt hat, Kaiserreden in ausgedehntestem Maße in das Bereich parlamentarischer Kritik zu ziehen, kann er von dieser neuen Praxis nicht mehr ohne Weiteres zurück. Sie bedeutete für ihn die Begehung eines neuen Rechtsbruches. Man kann nicht Grundsätze, die man soeben abgeändert hat, erneut modifiziren. So hätte denn die Opposition des Reichstags zunächst aus den Rechtsbrüchen dieses Präsidenten nur eine neue parlamentarische Freiheit: die eingehende Kritik der Aeußerungen des Monarchen gewonnen; ein Recht, welches nothwendig und mindestens so lange bestehen wird, wie der Ballestrem den Präsidentensitz ziert.

Für den Reichstag ist dieses wider Willen der Reaktion durch die Dummheiten der Reaktion gewonnene Recht außerordentlich werthvoll. Es stellt den Reichstag vor dem Lande auf eine höhere Stufe. Denn da es nicht wahrscheinlich ist, daß in Zukunft Kundgebungen des persönlichen Regiments gegen die Sozialdemokratie und zu den einzelnen Parteifragen unterbleiben, so hat nun der Reichstag die Macht, jederzeit zu antworten.

Das ist das ungewollte Verdienst des Grafen Ballestrem. Mag er zusehen, wie er sich mit der Thatsache abfindet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind durch den vom Grafen Bülow im Reichstage angekündigten Antrag auf bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses in den Vordergrund der politischen Erörterungen gelangt. Der Antrag ist inzwischen dem Bundesrathe zugegangen. Er bestimmt folgendes: „Die Stimmzettel müssen neun Zentimeter im Quadrat groß und von mittelstarkem weißen Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlage, der sonst keine Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die Umschläge sollen zwölf Zentimeter im Quadrat groß und aus undurchsichtigem weißen Papier hergestellt sein, sie sind am Vorstandstisch in der erforderlichen Zahl bereit zu halten und in Empfang zu nehmen. Jeder Wähler hat nach Empfangnahme des Umschlages den bereitgestellten Nebenraum zu betreten, wo er unbeachtet den Stimmzettel in den Umschlag legen kann. Der Wahlvorstand hat alle Stimmzettel zurückzuweisen, die nicht in dem Nebenraum in den Umschlag gelegt worden sind.“ Daß dieser Antrag sowohl im Bundesrathe wie im Reichstage angenommen werden wird, unterliegt keinem Zweifel. Zwar schimpfen Agrarier und industrielle Scharfmacher, die sich in einem der heiligsten ihrer Gefühle, in der Hochschätzung der Wahlmogelei, bedroht sehen, das Blaue vom Himmel herunter, und sie wissen, warum. Mit der Kontrole der ostelbischen Landarbeiter durch den „gnädigen Herrn“ oder den Inspektor, mit der Beaufsichtigung der Bergarbeiter durch die Steiger ist es vorbei. Darum machen die konservative und die Presse des Scharfmacherthums ihrer Wuth, in die sich eine gute Dosis Furcht mischt, um die Wette Luft; darum wird Graf Bülow als verkappter Förderer der Sozialdemokratie und wer weiß sonst noch was verschrieen! Auch der Termin der bevorstehenden Wahlen beginnt die Gemüther zu bewegen. Das Agrarierthum wünscht ihn möglichst spät, im Herbste; eine Korrespondenz, die rege Beziehungen zur Regierung zu haben behauptet, empfiehlt die Zeit zwischen der Frühjahrsbestellung und der Heuernte. Das wäre ein sehr früher Termin. Uns kann das recht sein.

„August, kehre zurück! Es ist Dir alles vergeben!“ Unter dieser stilvollen Stichmarke schreibt die offizielle „Konservative Korrespondenz“:

„An diese Plakatseufzer erinnert der Appell, den der Reichskanzler am Donnerstag an den Abgeordneten Bebel und seine Partei richtete, fast unmittelbar, nachdem der sozialdemokratische Führer erklärt hatte, als Republikaner seien die Sozialdemokraten Gegner der Monarchie, aber nicht Gegner des Fürsten. Dieser Appell lautete: „Betreten Sie den Boden der Legalität, betreten Sie den Boden der Vernunft, verzichten Sie darauf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes heilig sind — und manche Gegensätze können sich mildern.“ Seitdem während der Amtsführung des Grafen v. Caprivi der „Muth der Kaltblütigkeit“ amtlich proklamirt worden war, hat man ähnliche, von einem merkwürdigen Optimismus zeugende Worte von leitender Stelle nicht gehört. Sollte wirklich wieder der Caprivische „Versöhnungs“-Geist in der Regierung Einzug gehalten haben?“

So verhöhnt das konservative Parteiorgan den Grafen Bülow, der sich doch im Schweiße seines Angesichts abmüht, die Geschäfte des Junkerthums zu besorgen! Am meisten schmerzt offenbar die „Kons. Korr.“ die bevorstehende Abänderung des Wahlreglements für die Reichstagswahlen, die bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses. Vor lauter Aerger wird das offizielle Junkerorgan sogar „witzig“; es schreibt:

„Es würde sich vielleicht empfehlen, auch Waschschüsseln in dem „Nebenraum“ aufzustellen, damit nicht etwa eine mikroskopische Untersuchung eines etwaigen Daumenabdruckes das „Wahlgeheimniß“ eines tapferen Staatsbürgers gefährde. Vielleicht vertheilt man gleichmäßige Gesichtslarven, damit nicht etwa das „Geheimniß“ aus den Mienen entdeckt werden könne.“

Dieser Galgenhumor läßt tief, sehr tief blicken!

Eine reaktionäre Masse! Für die Entwicklung der Parteien nicht unbedeutend ist, daß zur Zeit der Führer des badischen Zentrums, Wacker, eifrig für ein Kartell aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie wirkt. Dieser Tage hielt Wacker in Stuttgart im Volksverein für das katholische Deutschland einen Vortrag über die Ausbreitung der Sozialdemokratie seit 30 Jahren und die Aufgaben der bürgerlichen Parteien. Er forderte energisch ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien in den Stichwahlen zu den nächsten Reichstagswahlen, um gemeinsam gegen die sozialdemokratischen Kandidaten aufzutreten. Er erklärte es als seine innerste Ueberzeugung, daß das Zentrum in ganz Deutschland in der weitherzigsten Weise geneigt sein werde, ein solches Zusammengehen zu unterstützen. — Für die Sozialdemokratie bietet dieser Aufruf nichts Ueberraschendes. Schon im Reichstage zeigt sich das Kartell fast lückenlos. Auch die Freisinnige Volkspartei lieh ihm die moralische Unterstützung, und die Wähler der Freisinnigen Vereinigung werden draußen im Lande nicht anders denken und handeln. Haben doch neulich schon in Offenbach antisemitische Protestanten und Zentrumsmänner für einen freisinnigen Juden gestimmt. Wie es in Sachsen im Wesentlichen nur noch zwei Parteien giebt: der reaktionäre Mischmasch und die Sozialdemokratie, so wird in wachsendem Maße der proletarische Klassenkampf die schroffste Scheidung der Geister herbeiführen. Wenn heute schon die Klerikalen mit den Kulturkämpfern, die Agrarier mit den Börsenjuden, die Demokraten mit den Junkern Hand in Hand gehen wollen, so beweist das nur die wachsende Macht der Sozialdemokratie. Was das Zentrum insbesondere anlangt, so zeigt der Sammelruf Wackers, daß allerdings die reaktionär-kapitalistische Entwicklung dieser Partei vollendet ist.

Vom „toleranten“ Zentrum. Die „Volksztg.“ berichtet über folgenden Vorgang: „Auf den 8. Dezember hatte der Reichstagsabgeordnete Geck (Soz.) zur Berichterstattung über das Parlament eine Versammlung in das Schwefelbad Langenbrücken (Amt Bruchsal) anberaumt, das zu Gecks Wahlkreis gehört. Die damalige Situation im Reichstage verhinderte den Abgeordneten, von Berlin abzureisen; an seiner Stelle übernahm es der Verleger des „Volksfreund“ in Karlsruhe, Eugen Geck, das Referat zu erstatten. Der Adlerwirth in Langenbrücken stellte seine Wirthschaft dazu bereit. Allein der Bürgermeister und die Gemeinderäthe, lauter Zentrumsmänner, verhinderten die Berichterstattung. Sie begannen bei Eröffnung der Versammlung im Chor zu singen und zu brüllen, bis der Referent den Versuch aufgab, das Wort zu erhalten. Abg. Geck schrieb dann an den Bürgermeister Ziegelmeyer einen Brief. Er warnte ihn vor den Folgen, die eine nochmalige Vergewaltigung des Versammlungsrechtes nach sich ziehen würde. Als Geck am 11. Januar selber in Langenbrücken im Adler erschien, machten Bürgermeister und Gemeinderäthe dasselbe Manöver, obschon der Wirth erklärte, daß er dem Abgeordneten das Lokal zum Vortrag übergab. Sie sangen und lärmten und stießen Beleidigungen aus. Aus der nicht ultramontanen Mehrheit der Anwesenden bildete sich ein Gegengesangverein, der freiheitliche Lieder vortrug, woran sich auch der Abg. Geck betheiligte. Das Schauspiel währte 3 Stunden.“ — Das Zentrum muß ein sehr schlechtes Gewissen haben, daß es zu solchen Manövern greift.

Zum Kinderschutzgesetz haben die Abgg. Wurm (SD.) und Genossen die in der Kommission schon gestellten Anträge auf Einbeziehung der in der Landwirthschaft beschäftigten Kinder in das Gesetz, und auf Ausdehnung der Ruhepausen für die in den Werkstätten beschäftigten Kinder für die zweite Berathung im Plenum wieder eingebracht.

Posener Zustände. Unter diesem Titel bringt die „Nationalztg.“ einen Leitartikel, der sich mit dem Selbstmorde des Landraths v. Willich in Birnbaum beschäftigt. Das Blatt schreibt: Der Tod Willichs hat in der Provinz und Stadt Posen die Gemüther ganz außerordentlich erregt und beschäftigt dort die öffentliche Meinung auf das Lebhafteste. Auch der den Dingen ferner Stehende beginnt zu begreifen, daß es sich bei diesem traurigen Ereigniß um weit mehr handelt, als um schwere persönliche Gegensätze. Viel-

leicht weckt der Schuß im Herrenhause von Gorzyn auch die Trägen aus ihrer Ruhe: handelt es sich doch für die Provinz Posen um die Frage, ob dort ein wirthschaftlich und kulturell rückständiges, national und politisch unfruchtbares wirkliches Pseudo-Junkerthum die ausschließliche, brutal und rücksichtslos ausgeübte Herrschaft behalten soll, die ihm ein muthloses und deshalb machtloses Provinzial-Regiment seit etwa zwölf Jahren ausgeliefert hat. Auf direkte Intervention des Reichskanzlers war dem Verstorbenen ein Posten im auswärtigen Dienst angetragen worden, um ihn aus für ihn unleidlich gewordenen Umgebungen zu befreien. Während der Verhandlungen hierüber hatte Willich in Erfahrung gebracht, daß einige besonders gefährliche und rabiate Gegner in seinem Kreise die Absicht hätten, die Feier von Kaisers Geburtstag zu einer Demonstration gegen ihn, den dabei präsidirenden Landrath zu benutzen. Und nun geschieht etwas Ungeheuerliches, Unglaubliches, das nur in der Provinz der Löhningerei und der Endelliade möglich scheint. Anstalt den angeblich von Rohheit bedrohten Landrath in jeder Weise zu schützen, statt dessen wurde der unglückliche Willich unaufhörlich bestürmt, seinen Posten sofort, jedenfalls vor Kaisers Geburtstag zu verlassen! Ja, man soll, um ihm den Entschluß zu erleichtern, eine amtliche Anordnung fabrizirt haben, die Willich vor Kaisers Geburtstag abrief. Willich, eine innerlich stolze, aber sensible Natur, soll gerade die ihm zugemuthete Flucht als besonders entwürdigend empfunden haben: er erblickte darin einen ihm vor seinem Kreise zugefügten öffentlichen Schimpf. Jedenfalls muß dieser Vorfall aufgeklärt und die Frage beantwortet werden: ist es schon so weit in Posen, daß die oberste Provinzialbehörde verdiente Staatsbeamte vor agrardemagogischen Roheiten nicht mehr zu schützen wagt und vor diesen einfach kapitulirt? — Inzwischen ergänzt die National-Ztg." ihre obige Darlegung noch durch die Mittheilung, daß die Abschwächung des ehrengerichtlichen Urtheils gegen den Major a. D. Endell, welche den Gegnern des Landraths v. Willich neuen Muth zu ihrem Vorgehen gegen diesen eingeflößt habe, auf Vortrag des Landwirthschaftsministers v. Podbielski erfolgt sei.

Die neuen Kriegsartikel für die Marine enthalten im § 28 folgende Bestimmung:

Artikel 28. Der Soldat muß auch im Beurlaubtenstande seines Eides eingedenk sein und den ihm obliegenden besonderen Pflichten pünktlich nachkommen. Zuwiderhandlungen ziehen Strafe nach sich.

Als Beurlaubte gelten Reservisten, Landwehrleute und Ersatzreservisten. Nach dem obigen Artikel könnte es nun den Anschein haben, als ob diese Kategorien, die ihre Dienstzeit absolviert haben, auch in politischer Beziehung noch an die Bestimmungen des Fahneneides gebunden wären, in dem es heißt:

„Ich schwöre ....., daß ich Seiner Majestät dem König von Preußen, Wilhelm II. ..... in all und jeden Vorfällen ..... in Kriegs- und Friedenszeiten getreu und redlich dienen, Allerhöchst dero Nutzen und Bestes befördern ... will ..."

Diesem Fahneneid ist bekanntlich die künstliche, im Grunde verfassungswidrige Auslegung gegeben worden, als ob der aktive Soldat sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen dürfe. Ja, der § 28 erweckt sogar dem Wortlaute nach den Anschein — ob absichtlich oder unabsichtlich, wissen wir nicht —, als ob auch die Beurlaubten militärgerichtlich für ihre Zugehörigkeit zum „Umsturz" verantwortlich gemacht werden könnten. Das ist natürlich, wie der „Vorw." richtig bemerkt, ein Irrthum. Die Beurlaubten unterstehen, insofern sie nicht zum Dienst einberufen sind, lediglich dem gemeinen Strafrecht; dem Militär-Strafgesetz gegenüber sind sie nur bei Kontroll-Versammlungen, bei dienstlichen Verhandlungen und Meldungen und wenn sie in Uniform sind, unterworfen. Der Fahneneid hindert sie in keiner Weise, an der jedem Bürger verfassungsmäßig zustehenden Freiheit, sich politisch vollständig frei zu bethätigen. Man hätte also besser gethan, dem § 28 der neuen Kriegsartikel eine minder mißzuverstehende Fassung zu geben!

Pod der Redner. Podbielski, der geniale Schöpfer des schönen Wortes: „Ick wär' mir doch mit dem Lanzekanal nich vor 'n Bauch stoßen lassen", feilt seine Reden so sorgsam, wie Bernhard sein Haupthaar. Und so vertieft ist er in diese — gewiß nützevolle! — Thätigkeit, daß er sogar die richtige Zeit zur Ablieferung seiner „Strafarbeit" ganz verpaßt. Der „Reichsanzeiger" schrieb am Dienstag Abend: „Der Bericht über die gestrige (7.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wird wegen der späteren Eingangs des Stenogramms von Reden des Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten erst morgen veröffentlicht werden." Armer Pod!

Folgen der Germanisirungspolitik. Bei der Wahl der 78 Generalversammlungs-Mitglieder der Ortskrankenkassen in Thorn verloren die deutschen Mitglieder ihre Mandate bis auf eins. Es wurden 77 Polen gewählt. Es wird aber wohl erst noch schlimmer kommen müssen, bis man in Berlin das Bankerott der bisherigen Germanisirungspolitik im Osten einsieht.

Ein Menetekel für das Zentrum ist der Ausfall der Wahlen der Vertreter für die Generalversammlung der Handwerker-Ortskrankenkasse in Düsseldorf, die Sonntag und Montag stattfanden. Es siegten nämlich die Kandidaten der freien Gewerkschaften auch in dieser Klasse. Die freien Gewerkschaften erhielten 1539, die Christlichen 1084 Stimmen. Unsere Genossen haben also ein Mehr von 455 Stimmen. Das ist in dieser, bisher von den Christlichen verwalteten Kasse sehr viel. Nun sind das Gewerbegericht, die Kassen für Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Handwerker in Düsseldorf unter Arbeiter-Verwaltung. Ein gutes Omen für die Wahlschlacht im Juni! Es lebe am schönen Niederrhein.

Der Zentral-Verband der Handlungs-Gehilfen und -Gehilfinnen hat an den Bundesrath eine Reihe von Wünschen zu dem Gesetzentwurf betr. die Kaufmannsgerichte in Form einer Eingabe gerichtet, die darauf hinauslaufen, folgende Forderungen in den Entwurf hineingetragen zu sehen: Ausdehnung des Geltungsbereichs auf das ganze Reich, zwecks Schaffung einer lückenlosen Kaufmannsgerichtsbarkeit. Ausdehnung der Zuständigkeit auf Streitigkeiten über eine Vereinbarung, die den Gehilfen oder Lehrling nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner weiteren gewerblichen Thätigkeit beschränkt. Verbot jeder Vereinbarung, die die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte ausschließt oder beeinträchtigt. Ausnahmslose Vereinigung der Kaufmannsgerichte mit vorhandenen Gewerbegerichten durch Gemeinsamkeit der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie der Diensteinrichtungen. Wahlrecht und Wählbarkeit bei der Wahl von Beisitzern für alle selbstständigen Kaufleute und Gehilfen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, ohne Unterschied des Geschlechts. Anwendung der Verhältnißwahl. Festsetzung der Berufungssumme auf 500 Mk. Anwendung der §§ 62 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes (Einigungsamt) auf die Kaufmannsgerichte. — Es liegt ganz besonders auch bei den Arbeiter-Gewerbegerichtsbeisitzern, diese nur zu berechtigten Forderungen zu unterstützen.

Zur Venezuela-Affaire. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat den Auftrag erhalten, das Bombardement von San Carlos, das in den Vereinigten Staaten und England so böses Blut gemacht hat, zu rechtfertigen. Das offiziöse Blatt erledigt sich seines Auftrages in folgender Weise: „Das Vorgehen des „Panther" gegen San Carlos ist die gerechtfertigte Abwehr eines kriegerischen Angriffs. Das Feuer wurde von dem venezolanischen Fort eröffnet, als der „Panther" in rechtmäßiger Ausübung von Blockademaßnahmen über die Barre laufen wollte. Kein amerikanischer oder englischer Admiral würde anders als unser Kommodore gehandelt und nicht die Möglichkeit der Wiederholung eines solchen Angriffs auf einen Theil seines Blockadegeschwaders in gleicher Weise verhindert haben. Die Verantwortung für den Vorfall trifft Denjenigen, der den Befehl, auf den „Panther" zu feuern, gegeben. Die aus technischen Gründen unvermeidliche Verzögerung der deutschen amtlichen Berichterstattung von Maracaibo rechtfertigt es nicht, sich auf Grund falscher Nachrichten gegen uns zu entrüsten. Der venezolanische Befehlshaber hat wahrscheinlich gerade den Zeitpunkt der Ankunft Bowens in Washington gewählt, um den Konflikt zu schärfen und damit auf die amerikanische öffentliche Meinung zu wirken." Auf Grund der damals in Berlin vorliegenden Nachrichten, so bemerkt dann die „N.A.Z.", mußte angenommen werden, daß der „Panther" in die Lagune einlaufen wollte, um Konterbande-Schiffe aufzubringen. Nach einer jetzt vorliegenden telegraphischen Meldung des Kommodore Scheder stellt sich heraus, daß der „Panther" nicht einmal die Absicht hatte, über die bei dem niedrigen Wasserstande zu jener Zeit für ihn überhaupt nicht passierbare innere Barre in die Lagune einzufahren, sondern nur in geschützterer Lage hinter der äußeren Barre vor Anker gehen wollte, als er unerwartet vom Fort San Carlos Feuer erhielt. Nach derselben telegraphischen Meldung hat der „Panther" keine Verluste oder Beschädigungen erlitten. — Es bleibt abzuwarten, ob dieser offiziöse Rechtfertigungsversuch in Amerika irgend welchen Eindruck macht; recht überzeugend wirkt er gerade nicht. Uebrigens kann der „Hann. Cour." noch berichten, daß der „Panther" nur günstige Wasserverhältnisse abwartet, um dann in den Maracaibosee zu dampfen und das daselbst befindliche letzte venezolanische Kriegsfahrzeug zu nehmen. Wie schließlich noch aus Puerto Cabello berichtet wird, ist die Meldung von einer Niederlage der Regierungstruppen am 26. Januar unbegründet. Es fand nur ein unentschieden gebliebenes kleines Scharmützel statt.

Zum sächsischen Hofskandal. Das zum Austrag der „Ehetrennung" zwischen dem Kronprinzen und der Kronprinzessin niedergesetzte Sondergericht trat Mittwoch Vormittag um 11 Uhr in Dresden unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Loßnitzer zusammen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung verlas der Präsident ein erst am 27. d. Mts. aus dem Justizministerium eingegangenes Schreiben, nach welchem der König auf Absatz 9 der Verordnung: „das von dem Gericht beschlossene Endurtheil ist uns vor der Verkündigung zur Bestätigung vorzulegen" verzichtet, sodaß das von dem besonderen Gerichtshof gefällte Urtheil sofort rechtskräftig wird. Danach wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Verhandlung wurde schließlich nach mehrstündiger Dauer und nach Erhebung von Beweisen infolge Antrags der Prozeßbevollmächtigten auf Mittwoch, den 11. Februar, Vormittags 10 Uhr, vertagt. Als Zeugen waren zur Verhandlung erschienen: Oberhofmarschall v. Tümpling, Frau Oberhofmeister v. Fritsch und Polizeikommissar Schwartz. Inzwischen ist auch die Ausstoßung der Kronprinzessin aus dem österreichischen Herrscherhause erfolgt. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, in der der Kronprinzessin von Sachsen alle Rechte einer österreichischen Erzherzogin und alle Ehren und Würden einer solchen entzogen werden. Diese Aechterklärung ist freilich insofern überflüssig, als die Prinzessin bereits freiwillig auf ihre bisherigen Titel und Würden verzichtet hat.

Kleine politische Nachrichten. Für Kalau-Luckau ist der Landtagsabgeordnete Kreitling-Berlin als freisinniger Reichstagskandidat aufgestellt worden. — Im 20. sächsischen Wahlkreise, den augenblicklich Genosse Rosenow im Reichstage vertritt, beabsichtigt man, nach der „D. T.-Z.", den Geheimrath Jencke, den früheren Direktor der Krupp'schen Werke, als konservativen Kandidaten aufzustellen. — Graf Ballestrem hat infolge seiner Ernennung zum erblichen Mitgliede des Herrenhauses sein Mandat zum preußischen Abgeordnetenhause niedergelegt. — Das Reichsgericht verwarf am Mittwoch die Revisionen des Grafen Pückler in Kl.-Tschirne und seines Inspektors Kirchner, die bekanntlich am 19. Juni v. Js. vom Landgericht Glogau wegen Sachbeschädigung (Beschädigung einer Feldbahn) zu 6 bezw. 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden waren. Auch die Revisionen des Grafen und seines Inspektors in Sachen der Herausforderung zum Zweikampf wurden verworfen. — Die belgische Kammer begann die Diskussion der Unfallversicherung. 56 Redner sind eingeschrieben. Die Verhandlungen werden voraussichtlich viele Wochen dauern. — Die Macedonier treffen ihre Anstalten für den Wiederausbruch des Aufstandes im Frühjahr. Wie aus Sofia berichtet wird, haben sich im Auftrage des Geheimen macedonischen Revolutionskomitees mehrere Agenten behufs Waffenankaufs nach dem Ausland begeben. — Sieben Rebellen aus der chinesischen Provinz Kwangsi sind in Hongkong verhaftet worden. Es wurde auch eine Anzahl von Fahnen und Geheimschriften beschlagnahmt, sowie Papiere, aus denen hervorgeht, daß auch in Kanton eine Erhebung geplant war. Der Vizekönig von Kanton war gewarnt worden. — In der Mandschurei überfielen in der Nacht zum Sonnabend Schungusen, welche sich mit Chinesen in einem von Port Arthur nach Charbin fahrenden Güterzuge befanden, letztere, verwundeten sieben, beraubten viele und flüchteten alsdann.

Finland.

Das schwarze Kabinett. Nach Verabschiedung des Generalpostdirektors Hj. Lagerborgs wurde die Leitung der Geschäfte seinem Gehilfen Werning und dem Beamten Plouling übertragen. Da diese beiden Herren sich davor scheuten, die Einrichtung des befohlenen sogenannten „schwarzen Kabinetts" zu bewerkstelligen, nahmen sie „krankheitshalber" Urlaub. Der Senat übertrug nun diese Aufgabe zwei anderen Beamten, die sich aber weigerten, dieselbe zu erfüllen. Nun hat der Generalgouverneur einen Beamten seiner Kanzlei P. Jamalaium zum stellvertretenden Generalpostdirektor ernannt, der die Einführung der Briefkontrolle realisiren soll.

Rußland.

Bei den jüngsten Unruhen in Omsk wurden nach dem Bericht des Kommandanten 5 Soldaten getödtet und 70 verwundet.

Eine neue Meuterei brach am letzten Sonntag im Gefängniß zu Kiew aus, und zwar während des Gottesdienstes. Einige Gefangene bemächtigten sich der Waffen mehrerer Soldaten. Die übrigen Soldaten feuerten sofort, wobei 2 Gefangene getödtet und 5 schwer verwundet wurden. Dann griff die Hauptwache ein. Sie besetzte die Zugänge zur Kirche und überwältigte die Meuterer. Ueber den Anlaß zur Meuterei schweigt man sich, wie gewöhnlich, aus.

Oesterreich-Ungarn.

Wie du mir, so ich dir. Der Prager Stadtrath remonstrirte, einer Meldung der „Frankf. Ztg." zufolge, gegen das deutsche Fleischschaugesetz, welches die Einfuhr von böhmischem Schinken und Fleisch nach Deutschland unmöglich mache. Der Stadtrath beschloß, den tschechischen Reichsrathsklub aufzufordern, Schritte zum Schutze der Einfuhr böhmischer Fleischwaaren einzuleiten; nöthigenfalls möge die Einfuhr gehackter Fleischwaaren und westfälischen Schinkens aus Deutschlands verboten werden.

Italien.

Der Kassationshof hob das Urtheil gegen den früheren Abgeordneten Valizzolo, der am 31. Juli 1902 in Bologna wegen Ermordung des Niceli Notarbartolo zu 30 Jahren Zuchthaus verurtheilt war, auf und verwies den Prozeß zur neuen Verhandlung an das Schwurgericht Florenz.

Marokko.

Die Entscheidungsschlacht, die schon so oft angekündigt würde, scheint jetzt endlich bevorzustehen; wenigstens telegraphierte der spanische Gesandte aus Tanger nach Madrid, daß sich der Prätendent in der Nähe von Fez befinde und die Stadt zu stürmen anschicke.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 29. Januar.

Wer ist Parteigenosse? Wer die Lehren der Sozialdemokratie erfaßt hat, sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und diesen Grundsätzen nach Kräften Geltung zu verschaffen sucht, außerdem aber für die Partei bei jeder Gelegenheit Anhänger wirbt. So ungefähr darf wohl die Antwort auf diese beinahe einem Gemeinplatz gleichkommende Frage lauten. Auch die Antwort klingt selbstverständlich wie eine gute Lehre, die einem Jüngling mit auf den Lebensweg gegeben wird; schade nur, daß sie auch das Schicksal mancher guten Lehren theilt, nicht befolgt zu werden. In wenigen Monaten ist Reichstagswahl. Eine rastlose Agitation kündet das wichtige Ereigniß an. Keine Gelegenheit ist so günstig wie die Wahlperiode, um den Arbeiter auf seine Pflicht hinzuweisen, daß er sich nicht allein der Gewerkschaft, sondern auch der politischen Organisation anzuschließen hat, die durch Wort und Schrift seine Erkenntniß fördert und die ein Opfer verlangt so minimal, daß es kaum einen Arbeiter geben dürfte, der es nicht zu leisten im Stande wäre. Der geringe Beitrag gestattet es auch dem wirthschaftlich schlecht gestellten Arbeiter, seiner Pflicht der Organisation gegenüber nachzukommen. — Arbeiter! Ein Jahr heißen Kampfes steht uns bevor. Ihr, die Ihr täglich seht, welche Macht eine Organisation im wirthschaftlichen Kampfe bedeutet, tretet ein in die politische Organisation. Denen aber, die bereits politisch organisirt sind, rufen wir zu: Werbt neue Kämpfer, agitirt in zäher Ausdauer auf den Arbeitsstätten, in den Zusammenkünften, im geselligen Beisammensein für die Sozialdemokratie und deren Organisationen: die sozialdemokratischen Vereine. Mit Flammenworten wendet Euch an die noch nicht Aufgeklärten, laßt den Eifer nicht erkalten, es gilt für unsere große Sache zu kämpfen. Immer und immer predigt mit warmen Herzen: Hinein in die politische Organisation, hinein in den sozialdemokratischen Verein!

„Du sollst den Feiertag heiligen!" Dieses Gebot scheint von der Firma Carl Thiel u. Söhne nicht innegehalten zu werden, denn dieselbe hat während der letzten Sonntage ihren Schmelzer bis Mittags, also auch während der Kirchzeit, arbeiten lassen. Ob hierzu die erforderliche polizeiliche Genehmigung ertheilt worden ist, entzieht sich unserer Kenntniß.

Achtung, Bauhandwerker und Bauarbeiter! Ueber sämmtliche Bauten der Schlutuper Bauunternehmer ist die Sperre verhängt worden.

Der Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer.

Die Zahl der Bürger mehrt sich! Am gestrigen Tage leisteten vor dem Senat nicht weniger als **100** Per-

sonen den Bürgereid. Dieselben hatten zunächst vor dem Stadt- und Landamt durch Handschlag die Erfüllung der aus der Verfassung erwachsenden Verpflichtungen versprechen müssen und leisteten dann im Rathhause in 3 Abtheilungen den Eid. Bis jetzt haben also nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen 130 Personen das Bürgerrecht erworben. Hoffentlich befinden sich hierunter recht viele sozialdemokratische Wahlbürger!

Zur Aussperrung der Schlutuper Maurer, Zimmerer rc. wird uns vom Gesellen-Ausschuß der Maurer und Zimmerer mitgetheilt, daß die Unternehmer versucht haben, nicht nur neue Arbeitskräfte für ihre Schlutuper Bauten, sondern auch für den von ihnen aufzuführenden Bau in Wesloe heranzuziehen. Aus diesem Grunde haben die auf letzterem Bau beschäftigten Arbeiter jetzt die Arbeit eingestellt.

Aus dem Baugewerbe. Zwischen dem Gesellen-Ausschuß der Maurer und Zimmerer und der Innung „Bauhütte", sowie dem Bund der Maurer- und Zimmermeister schweben schon seit geraumer Zeit Verhandlungen über einen neuen Lohn- und Arbeits-Tarif. Hierzu wird uns nun vom Gesellen-Ausschuß folgendes berichtet: Am 1. Oktober v. Js. wurde der bisherige Lohn- und Arbeitstarif zum 1. April 1903 gekündigt und gleichzeitig für das hiesige Staatsgebiet ein Stundenlohn von 60 Pf. bei 9 stündiger Arbeitszeit gefordert. Auf Grund dieser Forderung fand die erste Unterhandlung am 5. Januar 1903 statt. In derselben wurde seitens der Innung erklärt, daß sie den 9stündigen Arbeitstag nicht bewilligen würde. Wenn der Gesellen-Ausschuß aber auf dieser Forderung bestände, dann sei jegliche Unterhandlung überflüssig. Darauf machte der Ausschuß einen Vermittelungsvorschlag, nach welchem für 1903 eine 9½stündige Arbeitszeit, für 1904 eine gleiche Arbeitszeit und 58 Pfg. Lohn und für 1905 eine 9stündige Arbeitszeit und 60 Pf. Lohn gelten sollten. In der am 8. Jan. d. J. stattgefundenen Zusammenkunft wurde dann dieser Vorschlag abgelehnt; dagegen wurde seitens der Innung anerkannt, daß eine kleine Lohnerhöhung wohl am Platze sei. Dieselbe machte nun folgende Angebote: auf 1 Jahr 55 Pfg. oder auf 3 Jahre 56 Pfg. bei 9½stündiger Arbeitszeit. Dieses Angebot lehnte jedoch der Gesellen-Ausschuß ganz entschieden ab. Hierauf erfolgte seitens der Innung ein anderes Angebot, das bei 9½stündiger Arbeitszeit für 1903, 55 Pfg. und für 1904 57 Pfg. Stundenlohn festsetzte. Da unter den gegebenen Verhältnissen weiter nichts zu erreichen ist, so erklärte sich der Gesellenausschuß in der Sitzung am 20. Januar mit diesem Angebot einverstanden, mit der Bedingrng, daß die Bauarbeiter denselben Zuschlag von 40 Pfg. an erhielten. Nachdem auch diese Bedingung anerkannt worden ist, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die 3 hier in Betracht kommenden Berufe auf 2 Jahre geregelt. Ueber die Einführung eines von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu unterzeichnenden einheitlichen Lohntarifes schweben noch Verhandlungen.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hält morgen, Freitag, ihre Jahresversammlung ab, die zweifellos in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung gut besucht sein wird. — Wir benutzen gleichzeitig diesen Hinweis, um unseren Lesern einen Rückblick auf die Entstehung bezw. Entwickelung der Genossenschaft zu geben. Im Jahre 1888, als noch die Bourgeoisie versuchte, die sich immer mehr ausdehnende Unternehmungslust und Organisation der unteren Klassen zu unterdrücken, fanden sich auch in der alten Hansestadt denkende Geister, die, obwohl sie unter dem derzeitigen Bismarck-Regime vollständig vom politischen Parteiinteresse in Anspruch genommen wurden, doch noch Interesse für wirthschaftliche Organisationen hatten. Durch gleiche Unternehmungen in anderen Ländern und Städten ermuthigt, fanden sich zunächst eine geringe Anzahl von Genossen, die die Gründung solcher wirthschaftlichen Organisationen ins Auge faßten. Um nun zunächst rentabel dazustehen, wurde vorerst die Gründung der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei von 43 Genossen beschlossen. Durch eifrige Agitation stieg die Mitgliederzahl in einem Jahre auf ca. 1100. Als ein voraussichtlich genügendes Betriebskapital vorhanden war, wurde die Fabrikation beschlossen. Zunächst wurde eine passende Bäckerei und, da bei dieser auch eine Mühle vorhanden, gleichzeitig beide Betriebe gepachtet und der Betrieb sowie der Verkauf am 1. Dezember 1889 eröffnet. Durch widrige Verhältnisse hatte das junge Unternehmen zuerst nicht die nöthige Rentabilität. Doch gewitzigt durch die Geschäftserfahrung ließ die Leitung einige Zweige des Betriebes fallen und vermochte durch Umsichtigkeit und durch vortheilhafte Ausnutzung der jeweiligen Konjunkturen den Umsatz ständig zu erhöhen, und was vor allen Dingen nicht zu vergessen ist, auch die nöthigen Ueberschüsse zu erzielen. Im Jahre 1896, als die Anzahl der Niederlagen eine ungeahnte Höhe erreichte, fand die Geschäftsleitung es für nothwendig, eine Zentralniederlage in der Stadt zu errichten und zu diesem Zwecke, um nicht eine theure Miethe zu zahlen, ein Grundstück zu erwerben. Es bot sich ein günstiger Kauf, und da voraussichtlich die Zentralniederlage nicht besonders große Räume erforderte, wurde das Haus durchgebaut und vermiethet. In einem Theil befindet sich jetzt die Redaktion und der Verlag des „Volksboten", im übrigen Theil das allen Genossen bekannte „Vereinshaus". Durch stetige sachgemäße Leitung und vielseitige Unterstützung der Genossen hat die Genossenschaft sich jetzt zu einer Höhe emporgearbeitet, daß sie auf einer festen Grundlage steht und sich im verflossenen Jahr gezwungen sah, da die Betriebsräume zu klein wurden, eine neue Bäckerei zu bauen. Jetzt ist der Bau ziemlich vorgeschritten und macht einen stolzen, machtvollen Eindruck; die Außenfaçade ist im norddeutschen Stil gehalten, im Erdgeschoß befinden sich große, luftige Arbeits- und Maschinenräume nebst 5 Backöfen, in der 1. Etage werden die Lagerräume, Wannen- und Brausebäder, sowie die Mehl-, Sicht- und Siebmaschinen errichtet resp. aufgestellt, die 2. Etage wird gleichfalls zu Lagerräumen eingerichtet. Was in sanitärer und hygienischer Hinsicht gethan werden kann, wird beim Bau in Anwendung gebracht.

Entwichener Korrigende. Am Dienstag Nachmittag ist von der Außenarbeit auf der Koch'schen Schiffswerft der Korrigende, Arbeiter Gödecke, entwichen. Derselbe wird sich wohl nicht allzu lange der goldenen Freiheit zu erfreuen haben.

Die Gebühr für Ein- und Ausreisung der Schiffe ist mit dem gestrigen Tage in Wegfall gekommen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Sielbauarbeiten wird die Strecke der Engelswisch von der Großen Altefähre bis zur Alsheide vom 30. d. Mts. an bis zur Fertigstellung gesperrt.

Das Betreten des Eises der Wakenitz ist vom Polizeiamt verboten worden, da das Eis infolge des eingetretenen Thauwetters nicht mehr haltbar ist.

Personalien. Der Senat hat H. Fr. B. Rummel an Stelle des verstorbenen J. W. H. Froh zum bürgerlichen Deputirten und Bezirkspfleger bei der Armenanstalt erwählt.

Stadt-Theater. Man schreibt uns aus dem Theaterbureau: Freitag geht zum 3. Male Boieldieus „Weiße Dame" in Szene. Die günstigen Zeitungsreferate werden dem beliebten Stücke, welches in Lübeck seit vielen Jahren nicht gegeben wurde, auch morgen den Erfolg und Beifall sichern. Sonnabend geht auf vielfachen Wunsch zum unwiderruflich letzten Male „Fra Diavolo" bei ermäßigten Preisen in Szene, Sonntag Nachmittag zum 26. Male das unfehlbare Repertoirstück „Alt Heidelberg". Abends 7½ Uhr wird zum ersten Male in dieser Spielzeit „Der fliegende Holländer" aufgeführt.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

In das Güterrechtsregister ist am 26. Januar eingetragen worden, daß die Eheleute Handlungsgehilfe Adolf Nachum und Rosa geb. Brauer in Lübeck durch Vertrag vom 12. Januar 1903 Gütertrennung vereinbart haben.

pb. **Netter Anfang.** Ermittelt wurden mehrere Schulknaben, von denen zwei mittelst Nachschlüssel sich in letzter Zeit in mehrere Läden und Kontore Eingang verschafften und hier Messer, Scheren, Schlittschuhe, Schreibtafeln, Spielsachen und baares Geld stahlen. Zwei Knaben, die sich die gestohlenen Sachen und das Geld mit den Dieben theilten, werden sich wegen Hehlerei zu verantworten haben. In dem Besitz der Diebe wurden 22 Schlüssel aller Art gefunden. Die Knaben, welche im Alter von elf bis vierzehn Jahren stehen, führten die Diebstähle immer an Sonntagen und zu einer Zeit aus, wo die Geschäfte geschlossen waren.

pb. **Falsche Angabe.** In der Nacht vom 22. zum 23. d. Mts. erschien in der Polizeiwache in der Kapitelstraße ein Mann mit einem verletzten Arm und gab an, daß ihm ein unbekannter Mann, der ihn auf den Wall gelockt habe, diese Verletzungen mit einem Messer beigebracht hätte. Die Ermittelungen ergaben aber, daß er sich die Verletzungen selbst dadurch zugezogen hatte, daß er sämmtliche Fensterscheiben in der Wohnung seiner Mutter zertrümmerte.

v. **Schwartau-Rensefeld.** Achtung, Parteigenossen! Heute, Donnerstag, Abend 8½ Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Die Genossen werden aufgefordert, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Eutin. Der Gesangverein „Harmonie" veranstaltet am kommenden Sonntag im Lokale des Herrn Schröder einen Unterhaltungsabend mit Ball. Hoffentlich hat sich diese Veranstaltung eines guten Besuches zu erfreuen. — Der Frühjahrsmarkt findet in diesem Jahre vom 10. bis zum 12. Mai statt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Eine in Lüneburg vom Kartell vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab 315 Arbeitslose. Das Resultat kann aber auf Vollständigkeit noch keinen Anspruch machen, weil sich nicht alle Arbeitslose haben eintragen lassen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Exportfirma Vos u. Wagner in Hamburg ist in Zahlungsschwierigkeiten gerathen. — Der im Jahre 1880 vom Altonaer Schwurgericht wegen Ermordung eines Postschaffners zum Tode verurtheilte, später aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte Krankenwärter Neu aus Wandsbek hat das Wiederaufnahme-Verfahren beantragt. Neu befindet sich seit 23 Jahren im Zuchthaus zu Rendsburg. Er behauptet jetzt, daß er sich nicht des Mordes, sondern nur des Todschlages schuldig gemacht habe und daß er dafür Beweise bringen könne. — Der Arbeiter Arndt, der am 1. Weihnachtstage in Kiel den Geldbriefträger Maisenthal bei dem Betreten eines Hausflures zu Boden schlug, um ihn zu berauben, wurde gestern vom Schwurgericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Der Bauunternehmer Mohr in Kiel, der den eingestürzten Neubau aufgeführt hatte, wurde verhaftet. Die Arbeit auf dem Nachbarbau wurde, weil sie bei der jetzt herrschenden Witterung gefährdet erscheint, eingestellt. — Die reine Neugierde führte den früheren Postschaffner Schütterow aus Wustrow zu 3 Monaten Gefängniß. Sch. hat in der Zeit vom Juni bis Oktober v. Js. zu Krakow, wo er als Postbeamter thätig war, 5 Briefe, welche er zur Bestellung erhielt, geöffnet, um von ihrem Inhalt Kenntniß zu nehmen. Nachdem er seine Neugierde befriedigt, hat er die Briefe wieder geschlossen und an ihre Adressaten gegeben. — Auf der Oldenburger und Osnabrücker Eisenbahnstrecke wurden nach einer Bremer Meldung bei Drielake bezw. Hemelingen zwei unbekannte Männer vom Zuge überfahren und getödtet.

Hamburg. Schon wieder ein Gerüsteinsturz. Gestern Morgen brach das Gerüst eines dreistöckigen Neubaues des Maurermeisters Quast, Marthastraße, zusammen. Dabei verunglückten die Maurerarbeitsleute Peters und Galowski, beide verheirathet. Peters erlitt schwere Verletzungen im Rücken, Galowski hat anscheinend leichtere Verletzungen an den Armen und Beinen davongetragen. Die Bedauernswerthen wurden nach dem Eppendorfer Krankenhause gebracht. Als Ursache des Einsturzes sollen verschiedene Umstände anzusehen sein; so soll u. A. auf einem Podest ein Leitergang zusammengebrochen sein und beim Fallen auch den unteren Podest zerbrochen haben. Allem Anschein nach ist man bei der Auswahl der Podestträger nicht vorsichtig genug gewesen. Die von der Baupolizei eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich feststellen, durch wessen Schuld wieder zwei Arbeiter ihre gesunden Glieder einbüßen mußten.

Rostock. Die falsche „Ansicht" des mecklenburgischen Polizisten. Wie unseren Lesern wohl noch bekannt sein dürfte, wurde am 30. Oktober v. Js. in der „Warnow-Halle" eine öffentliche Versammlung für Frauen und Arbeiterinnen, in der Frau Zietz-Hamburg referierte, aufgelöst, und der Vorsitzende, Genosse Bugdahn, verhaftet, als er den „Ueberwachenden" zwei- oder dreimal höflich nach dem Grund der Versammlungsauflösung fragte. Ja, man hat dann bekanntlich den Verhafteten, einem gemeinen Verbrecher gleich, auf der Polizeiwache in eine Zelle gesperrt. Wegen dieser Freiheitsberaubung durch den Polizeibeamten und wegen der grundlosen Versammlungsauflösung hat Genosse Bugdahn dann Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen den betreffenden Beamten gestellt. Zu bemerken ist dazu, daß in Mecklenburg, einem notorischen Raubstaat, alle politischen Vereine und Versammlungen verboten sind, soweit sie nicht durch die Polizei erlaubt sind. Gestattet sind aber natürlich gewerkschaftliche Versammlungen auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung, welchem sich auch das rückständige Mecklenburg trotz seines Ochsenkopfes fügen muß. Auf die oben erwähnte Anzeige hat der Staatsanwalt unserm in so unerhörter Weise behandelten Genossen eine Antwort ertheilt, aus der wir das wichtigste folgen lassen:

Nach Abschluß der Ermittlungen theile ich Ihnen mit, daß ich es ablehne, gegen den Kriminalsergeant . . . . . hieselbst wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt einzuschreiten. Die der Versammlung in der „Warnow-Halle" beiwohnenden Polizeibeamten waren der Ansicht, daß die Referentin, welche ein an sich nicht politisches Thema behandelte, auf die politischen Tagesfragen überging, indem die Beamten aus den Worten der Vortragenden entnahmen, dieselbe wolle im Verlaufe ihres Vortrages über eine durch den Zolltarif in Aussicht gestellte Vertheuerung der Lebensmittel sprechen. Von dieser Auffassung ausgehend, handelte der Kriminalsergeant. Der Kriminalsergeant . . . . . giebt nun glaubwürdig an, es sei dadurch, daß er von Ihnen wiederholt zur Rede gestellt sei, eine Verzögerung der Räumung des Saales eingetreten, und er habe geglaubt, daß er diese Räumung nur durchführen könne, wenn er zu Ihrer Festnahme schreite. Auch habe er nach den Erfahrungen, die er bei früheren Auflösungen gemacht, für nöthig gehalten, Sie so lange auf der Wache festzuhalten, bis er sicher gewesen, daß das in der „Warnow-Halle" versammelt gewesene Publikum sich vollständig zerstreut habe.

Der Polizist war der „Ansicht", die Referentin würde von Politik sprechen; er ahnte irrthümlich dergleichen und deshalb löste er straflos nicht nur rechtswidrig eine Versammlung auf, sondern beraubte sogar einen Staatsbürger seiner Freiheit, weil er — ein sehr schlechtes Mittel! — dadurch die schnellere Räumung des Saales herbeiführen wollte. Das Deutsche Reich hat die Pflicht, mit solchen unheilvollen Zuständen aufzuräumen und in keinem deutschen Staat zu dulden, daß derglichen vorkommt. Schutz vor Schutzleuten müssen wir verlangen und zwar nicht nur in Mecklenburg.

Boizenburg. Modernes Sklaventhum. Daß die Arbeitgeber sich häufig das Recht anmaßen, nicht nur über die Arbeitskraft „ihrer" Arbeiter verfügen, sondern auch über deren politische Gesinnung gebieten zu können, erlebt man alle Tage. Ein Beispiel hierfür bietet wieder ein Fall, der sich in dem hiesigen „Musterbetriebe" der Staats-Eisenbahn abspielte. Dort wurde einem Arbeiter, der Mitglied des hiesigen Gesangvereins „Grüne Eiche" war — welch letzterer dem „Mecklenburgischen Arbeiter-Sängerbunde" angehört —, von seinem Vorgesetzten die Frage vorgelegt, ob er nicht wüßte, daß er jenem Vereine nicht angehören dürfe?! Als der Gefragte dies verneinte, wurde ihm zu verstehen gegeben, daß er sich, wenn er weiter Anspruch darauf erhebe, an der Bahn beschäftigt zu werden, aus dem Gesangverein „Grüne Eiche" streichen lassen solle. Der Arbeiter, der seine Beschäftigung nicht verlieren wollte, kam diesem Ansinnen nach. — Und da sage noch einer, daß die Arbeiter im heutigen kapitalistischen Staatswesen nicht „freie Arbeiter" wären.

Stade. Von der Macht der Polizei in Preußen-Deutschland. Im vorigen Jahre während der Bauarbeiter-Aussperrung in Harburg wurde der Maurer Bornemann wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu einer Gefängnißstrafe von 1 Woche verurtheilt. Am Sonnabend wurde nun, wie wir der „Bremer Bürgerzeitung" entnehmen, nochmals darüber vor der Berufungsinstanz — Strafkammer des Langerichts Stade, — verhandelt. Bornemann hat eines Tages nach Wilhelmsburg fahren wollen und sich zu diesem Zwecke ein Billet für die vierte Klasse gelöst. Er stand dann auf dem Bahnhof vor dem Wagen, in welchen er einsteigen wollte und beobachtete, wie eine Anzahl Arbeitgeber und mehrere angekommene Passagiere einen Kreis gebildet hatten und Anstalten machten, die Umringten nach einer dem Ausgange entgegengesetzten Seite zu führen. Da sei der Polizei-Inspektor v. Sillich auf ihn zugetreten und habe ihn angeherrscht: „Gehen Sie weg." Und da B. nicht ging, wurde er festgenommen, wobei man nicht eben sanft mit ihm verfuhr. Blaue Flecke zeugten dafür später deutlich. Auch einen Schlag auf den Kopf erhielt er und „Satan" wurde er geschimpft. Trotzdem der Polizei-Inspektor vor der Strafkammer aussagte, daß er „angenommen", B. wolle Streikbrecher abfangen und zugeben mußte, daß die von den Arbeitgebern umringten Passagiere gar keine Streikbrecher gewesen waren, wurde B. dennoch bestraft. Es wurde nur angesichts des „geringen" Widerstandes des Angeklagten die Gefängnißstrafe in eine Geldstrafe von 30 Mk. umgewandelt. Dieses Urtheil zeigt wieder einmal deutlich, eine welch verhängnißvolle Macht der Polizei in Deutschland eingeräumt wird.

Bremen. Gegen das Eindringen des Sozialismus! In dem neugebildeten „Bürgerverein für die Vorstadt Woltmershausen" wurde beschlossen, daß in Zukunft jeder bei seiner Aufnahme durch Handschlag versichern muß, daß er kein Sozialdemokrat ist. „Wer sein Wort bricht, soll debattelos aus diesem Verein ausgewiesen werden. Alle übrigen Fälle von Verstoß gegen die Vereinsgesetze werden vor ein Ehrengericht gebracht." Kein Verbrechen ist also schlimmer, als Sozialdemokrat zu werden!

Bremerhaven. Die Bremische Handelsflotte hat aller Wahrscheinlichkeit nach wieder zwei ihrer besten Segler mit 50 Mann Besatzung verloren. Am 4. Juni v. J. ging der in Bremerhaven beheimathete Viermaster „Paul Rickmers" von Bangkok nach Hamburg ab, passirte am 20. Juli Anjer und ist seitdem nicht mehr gesehen. Am 24. Oktober v. Js. trat die Bremer Bark „Kiandra" die Reise von Philadelphia nach Portshead an, hat aber ihren Bestimmungshafen noch nicht erreicht. Beide Schiffe, von denen der „Paul Rickmers" 34, die „Kiandra" 19 Mann Besatzung hat, werden jetzt von der Schiffsversicherungsgesellschaft Lloyds in London für verschollen erklärt.

Letzte Nachrichten.

Nordhausen. Selbstmord oder Unfall? Im Parke seines Schlosses zu Rottleberode wurde das erbliche Mitglied des preußischen Herrenhauses, Fürst Wolfgang zu Stolberg-Stolberg, der älteste Sohn des dieser Tage erst verstorbenen Fürsten Alfred, erschossen aufgefunden. Neben der Leiche lag das Jagdgewehr des Fürsten. Gerüchtweise verlautet, der Fürst habe einen Brief hinterlassen, worin er erklärt, daß er nach dem Tode seines Vaters nicht weiterleben wolle. Die Beisetzung des Vaters sollte am Donnerstag stattfinden. Fürst Wolfgang lebte in kinderloser Ehe mit der Gräfin Irmgard zu Isenburg-Büdingen. Der Fürst war ein großer Sportsmann und Jäger. Nachfolger des Fürsten ist sein im Alter von 50 Jahren stehender Bruder Prinz Vollrath.

Köln. Ein großer Falschmünzerprozeß wurde in den letzten acht Tagen vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt. Der Hauptangeklagte, der Kunstschüler Gaspert von der Düsseldorfer Akademie erhielt wegen Anfertigung falscher Fünfzigmarkscheine acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust mit Stellung unter Polizeiaufsicht; dieselbe Strafe traf den 60jährigen Treppenbauer Ferdinand Pickart als Seele des Verbrechens; dessen Sohn erhielt wegen Beihilfe fünfzehn Monate Gefängniß, ein Viehhändler drei Monate Gefängniß wegen Verausgabung der Falsifikate.

Trier. Unfall bei der Kaiserparade. Beim Geschützsalut scheuten die Pferde des Wagens des Divisionskommandeurs Freiherrn v. Scheele und gingen durch. Der Kutscher wurde getödtet und eine im Wagen sitzende Dame leicht verletzt.

Petersburg. Eisenbahnunfall. Am Montag entgleiste auf einer Brücke in der Nähe der Station Ponomarewo der Rjäsan-Uralbahn ein Güterzug. Der ganze Bestand stürzte von der Brücke herunter. Von dem Zugpersonal wurden drei Personen verletzt; der Zugführer wird vermißt. Auf derselben Bahn stießen außerdem, einer Meldung aus Moskau zufolge, bei der Station Sakina zwei Güterzüge, die hintereinander abgelassen waren, mit solcher Wucht aufeinander, daß zwanzig Waggons vollständig zertrümmert wurden. Der Maschinist des hinteren Zuges wurde hierbei schwer, mehrere Schaffner leicht verletzt, ein Heizer getödtet.

Odessa. Aufs Meer getrieben. Durch Losreißen von Eisschollen wurden 80 Fischer und Kosaken ins Kaspische Meer getrieben. Ein Dampfer ist zur Rettung der Verunglückten abgegangen.

Rom. Der Stromboli-Vulkan wirft wieder Steine und Asche aus. Die Bewohner der Insel flüchten.

London. Bei der Brandkatastrophe im Irrenhause von Colney Hatch sind nach den letzten Feststellungen im Ganzen 52 Personen umgekommen.

Newyork. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nähe von Newyork. Der „Frankf. Ztg." wird darüber gekabelt: Die gräßlichste Bahnkatastrophe, die hierzulande in neuerer Zeit vorgekommen ist, hat sich Dienstag Abend im Newyorker Vorortverkehr, 30 Kilometer entfernt von hier, zugetragen. Der von hier abgegangene Schnellzug einer in Verbindung mit der Jersey Zentralbahn betriebenen Linie, der eine Fahrgeschwindigkeit von hundert Kilometer in der Stunde hat, rannte in den, eine Viertelstunde vorher abgegangenen Lokalzug hinein. Letzterer sollte auf Seitengleise gebracht werden, um die Vorbeifahrt des Schnellzuges abzuwarten, konnte indessen dort nicht einfahren, da ein verspäteter Frachtzug ihn hinderte. Der Führer des Schnellzuges beachtete das Haltesignal nicht. Die Zahl der Todten beträgt annähernd dreißig, von denen vierundzwanzig gefunden worden sind. Sechszig Personen sind schwerverletzt und hundert leicht verletzt. Die Verunglückten sind fast alle in Newyork beschäftigt. Eine weitere Kabelmeldung des Frankfurter Blattes besagt noch: Der bei dem Zusammenstoß demolirte Lokalzug verbrannte. Manche Menschen waren in den Trümmern eingeklemmt und verbrannten bei lebendigem Leibe. Das Rettungswerk konnte erst im Ernste beginnen, nachdem die Flammen nothdürftig gelöscht waren. Manchen Verunglückten mußte man Arme oder Beine abhauen, um sie aus den Trümmern befreien und das Leben retten zu können. Mehrere baten mit jämmerlicher Stimme, daß man sie tödten möge, da ihre Leiden zu schrecklich wären. Bald nach dem Zusammenstoß erschienen Diebe, welche die Todten und Verletzten beraubten.

New-Orleans. Ein neuer Fall von Lynchjustiz an einem Neger wird aus Louisiana gemeldet. Der Neger hatte einen Beamten erschossen. Eine Volksmenge bemächtigte sich des Negers, tödtete ihn und verbrannte den Leichnam. Der Scheiterhaufen, auf dem die Verbrennung erfolgte, wurde von einem Verwandten des erschossenen Beamten angezündet.

Aus Nah und Fern.

Die Tragödie eines Dienstmädchens. In München stand dieser Tage eine 38 Jahre alte Dienstmagd wegen Meineids vor den Geschworenen. Sie hatte früher beschworen, sich nur mit ihrem „Dienstherren", dem Oekonomen Franz Meckler von Aßling eingelassen zu haben, der also der Vater ihres Kindes sei. Bei diesem Schwur war jener „Oekonom" zugegen. Kaum war der Eid geleistet, da trat er hervor und übergab dem Richter mit dem Ausdruck befriedigter Rache einen aufgefangenen Brief seiner Magd, aus dem hervorging, daß diese um jene Zeit auch mit ihrem „Schatz" verkehrt hatte. „So, Du Saumensch, Dir will ich's Schwören schon austreiben", rief er der Magd zu. Diese wurde zu zehn Monaten Gefängniß wegen nur fahrlässigen Meineids verurtheilt. Auf die Geschworenen wie auf den Gerichtsvorsitzenden hatte das Verhalten des Oekonomen Meckler einen ersichtlich unangenehmen Eindruck gemacht. Er, der Hauptschuldige und Repräsentant der ländlichen „Moral", ging leider leer aus!

Lübecker Marktpreise vom 28. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,05 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15 Mk., Hasen Stck. 3,— Mk., Enten Stck. 3,50 Mk., Hühner Stck. 1,90 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,— Pf., Flickgans 3,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 27. Januar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 410 Stück. Preis: Sengschweine —Mk., Versandschweine, schwere 56—57 Mk., leichte 54—55 Mark, Sauen 48—52 Mk. und Ferkel 50—54 Mk. pro 100 Pfund.

Todes-Anzeige.

Am Montag Abend entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, Vater, Schwieger- und Grossvater

Johannes Gottlieb Liersch

im Alter von 66 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag den 30. dis, Morgens 8¾ Uhr, vom Trauerhause, Warlistraße 51, aus statt.

Heute Morgen 9½ Uhr entschlief nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Tochter **ELSE** im Alter von 7½ Jahren

Aufs Tiefste betrauert von den Hinterbliebenen.

G. Böhme und Frau.

Beerdigung findet statt am Freitag Mittag 1¾ Uhr vom Sterbehause Arnimstraße 6 c.

Einiges Bettzeug u. 1 Chaiselogue
billig zu verkaufen — Aegidienstraße 24

Zu verkaufen **ein weißes Mullkleid u. ein Maskenkostüm** — Ritterstraße 8.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23

Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig

Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Verkauf in Gebinden u. Flaschen: **Gr. Gröpelgrube 23**
und in vielen einschlägigen Geschäften.

Wirthen und Händlern Vorzugspreise.

C. Grimm, Schlumacherstr. 6.
Lederhandlung en gros & en detail.
Billigster Sohlenausschnitt.
Verkauf sämmtlicher Schuhmacherartikel.
Maaß-Schäfte werden sauber und schnellstens angefertigt. Extrafisches werden beschafft.

In ca. 8 Tagen erscheint im Verlage von **G. Birk & Co.**, München, Wittelsbacherplatz 2:

Der Fall Krupp
Sein Verlauf und seine Folgen.

Eine Thatsachensammlung von ***. Preis 50 Pfg.

Bestellungen auf diese sensationelle, auf **Thatsachen** beruhende Darstellung werden schon jetzt entgegen genommen.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung
am Freitag den 30. Januar 1903

Abends 8¾ Uhr

im „Vereinshaus" (grosser Saal), Johannisstrasse 50|52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1902.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl des Geschäftsführers und zweier Aufsichtsrathsmitglieder.
4. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes und eventuelle Gründung eines Unterstützungsfonds.
5. Vertheilung von 2000 Bröten à 50 Pfg. an die Arbeitslosen.

☛ An der Generalversammlung dürfen nur Mitglieder theilnehmen, die sich durch Antheilscheine legitimiren müssen.

Der Vorstand.

NB. Vom 22. Januar bis 30. Januar dss. Js. ist die Bilanz und Jahresrechnung für das Jahr 1902 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokale der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, ausgelegt.

Central-Hallen.

Sonntag den 1. Februar 1903:
Grosser öffentlicher

Masken-Ball

und Kappen-Fest für Zuschauer

Den Zuschauern ist die Theilnahme am Tanzen **gratis**, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet.

☛ Elegante Kappen sind im Ball-Lokal zu haben. ☚

Demaskirung nach Belieben.

Karten im Voraus: **Herren 80 Pfg., Damen 40 Pfg.** bei Herrn **Fr. Nagel**, am Markt, sowie in den Central-Hallen zu haben.

Im vollständigen Maskenkostüm zahlen **Herren 30 Pfg., Damen 20 Pfg.**

Kassenpreis Herren 1 Mk., Damen 60 Pfg.

Lokalöffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr. — Maskenzug 7 Uhr. — Ende 4 Uhr.

NB Unanständigen Masken, sowie Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Lager von

Ia. Salzgurken.
H. L. Wiegels
vorm **J. C. Bunge**
Fischergrube 61.
Fernsprecher 217.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Sonnabend den 31. Januar 1903
Abends 8½ Uhr
im gr. Kasino-Saal, Beckergrube:
Allgemeiner öffentlicher Vortrag.
Herr Gust. Simons-Berlin
über
Volksgesundheit u. Volksernährung.

Einladung zum

BALL

der Meiners'schen Fuhrleute am Dienstag den 3. Februar
im Lokale des Herrn **Wilh Borgwardt, Central-Hallen.**
Lokalöffnung 7½ Uhr — Anfang 8 Uhr.
Ende Morgens.
Eintritt 1 Mark. — **Der Vorstand.**

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
☛ **Breitestrasse 53, 1. Etg.** ☚
Diese Woche:
Herrliche Reise durch
Thüringen.
Weimar, Eisenach, Friedrichsroda ꝛc.

Circus Variété Reuterkrug.
Wiedereröffnung Sonntag den 1. Febr.
Miss Pertina
Amerikas phänomenalste
Tänzerin,
Georg Rösser
kommen.

Stadt-Theater.
Freitag den 30 Januar, 7½ Uhr.
124. Vorst. — 109. Ab.-Vorst. — 18. Freitags-Ab.
Die weiße Dame.
Komische Oper in 3 Akten von Boieldieu.
Sonnabend: Bei ermäß Preisen **Fra Diavolo.**
Sonntag Nachm.: Bei ermäßigten Preisen: **Alt-Heidelberg.** Abds: **Der fliegende Holländer.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes St[illegible]ng. — Verleger Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 25. Freitag den 30. Januar 1903 10. Jahrgang.

Die Sorge um die Arbeitergroschen.

Die Amtsblattpresse, die aus der „Konservativen Korrespondenz" gespeist wird, wird in den nächsten Tagen wieder entrüstete Betrachtungen darüber — abdrucken, daß die Arbeiter für ihre Gewerkschaft und für die sozialdemokratische Partei Ausgaben machen; Ausgaben, die, wie anerkannt werden muß, für viele Arbeiter eine fühlbare Belastung bilden und die nur in dem Bewußtsein freiwillig getragen werden, daß sie reiche Früchte tragen. Es sind Opfer, deren Aufbringung einen hohen Idealismus und die Erkenntniß voraussetzen, daß sie nothwendig sind zum Kampfe gegen die Herrschaft des Ausbeuterthums, zum Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche, das eine brutale Minderheit ihnen auflegt. Stumpfsinnige Arbeiter sind solcher Opfer nicht fähig. Der Opfermuth ist um so bewundernswerther, die Erkenntniß muß um so klarer sein, je schlechter die wirthschaftliche Lage des Arbeiters ist, je drückender diese Ausgaben für ihn sind.

Anknüpfend an zwei Haushaltungsbudgets von Arbeitern, die in sächsischen Parteiblättern veröffentlicht wurden, bringt die „Konservative Korrespondenz" einen Artikel unter der Ueberschrift „Wo der Arbeiter sparen kann". Der eine Arbeiter hatte bei 746 Mk. Jahreseinkommen für „Presse und Verband" 22,80 Mk. ausgegeben und der andere bei 1015 Mark Jahreseinnahme 20 Mk. Gewerkschaftsbeitrag, 4,20 Mk. Parteibeitrag und 15,85 Mk. für Zeitung und sonstige Litteratur. Dazu wird bemerkt:

„Ein Mann, der nur ein so geringes Einkommen hat, dürfte sein Budget mit einem solchen Ausgabeposten von 22,80 Mk. für parteipolitische Zwecke nicht belasten. Hier war der Punkt, wo er wirklich hätte sparen können und sollen. Die 22 Mk. 80 Pf., die von dem schmalen Einkommen in die sozialdemokratischen Taschen geflossen sind, wären sicher besser angewandt gewesen, wenn sie die Frau zu Wirthschaftsausgaben hätte verwenden können. Ueber die wenigen Mark Staatssteuern, die dem Arbeiter abgefordert werden, erhebt die sozialdemokratische Presse ein gewaltiges Lamento. Daß aber, wie im vorliegenden Falle, ein Arbeiter fast den sechsfachen Betrag der Staatssteuern für Zwecke der sozialdemokratischen Presse opfert oder vielmehr bei dem bekannten Terrorismus opfern muß, dafür findet sie kein Wort des Tadels. Ja, das ist eben etwas ganz anderes. . . .

Wir haben mit Absicht diese beiden Beispiele aus dem Leben herausgegriffen, um daran zu zeigen, welche Kosten die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verursacht, und wie letztere ihre Anhänger schröpft. Viele verständige Arbeiter haben dies auch schon eingesehen. Wenn sie trotzdem sich von einer Partei, die sie in so unverantwortlicher Weise aussaugt, nicht offen abwenden, so erklärt sich dies unschwer aus der Furcht vor dem Terrorismus, dem sie sonst ausgesetzt wären. Schon beginnt aber vereinzelt der Widerstand gegen die planmäßige Ausbeutung durch gewerbsmäßige Agitatoren sich zu regen, und wenn diese Bewegung um sich greift, dürfte der sozialdemokratische Anhang rascher zusammenschmelzen, als er eingefangen wurde."

Ein alter Text nach neuer Melodie! Es ist ja wahrlich nichts Neues, diese Entrüstung über die Mittel, die die Arbeiter in immer reicherem Maße für ihren Befreiungskampf aufwenden. Wir haben sie tausendmal gehört und wir glauben an ihre Ehrlichkeit. Es ist der einzige ehrliche Ton der Ausbeuterpresse. Ja, wenn noch alle Arbeiter so unwissend und stumpfsinnig wären, wie die geliebten Agrarsklaven des Ostens, die sich ihres leiblichen und geistigen Elends kaum bewußt sind, das wäre freilich ein arkadischer Zustand — für die Junker wie für das gesammte Ausbeuterthum. Daß es damit für alle Zeiten vorbei ist, das schmerzt die Herren und das ruft ihre Entrüstung wach. Es giebt glücklicherweise in Deutschland bereits Millionen von Arbeitern, die der Unterdrückung und Ausbeutung durch eine raffgierige Kapitalistenklasse den Untergang geschworen haben und die einsehen gelernt haben, wie sie diesen Kampf führen müssen. Sie wissen, daß sie dazu der Organisation bedürfen und einer Presse, die rücksichtslos die Wahrheit sagt. Und sind die Opfer, die sie für diesen Kampf bringen müssen, auch manchmal schwer, so wissen diese Millionen doch, daß sie nicht umsonst gebracht sind und das weiß oder fühlt auch die Ausbeuterklasse. Sie fühlt ihre Privilegien bedroht, sie sieht, wie sich die kämpfende Arbeiterklasse immer fester zusammenschließt, wie die Armee der Kämpfer immer zahlreicher, ihre Rüstung immer wirksamer wird und sie denkt mit Schrecken des Endes. Lassen doch alle Anzeichen erkennen, daß gerade die letzte Zeit eine gewaltige Vermehrung der sozialdemokratischen Armee gebracht hat. Allenthalben ist eine starke Vermehrung der Abonnenten der sozialdemokratischen Presse zu verzeichnen, die Organisationen nehmen ungewöhnlich zu an Mitgliedern, die Einnahmen steigen, und es besteht hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen ein Menetekel werden dürften, dessen Bedeutung sich niemand verschließen wird.

Da begreift es sich wohl, daß immer wieder versucht wird, den Armen, die noch immer im Banne der Amtsblattpresse liegen, die Binde um die Augen noch fester zu ziehen, ihnen vorzulügen von Terrorismus und Ausbeutung durch die Sozialdemokratie. Jawohl, terrorisirt und ausgebeutet werden sie — vom Junker, vom Industriekapitalisten, unterdrückt durch Polizei-Allmacht und Pfaffengeschwätz, und es ist ein schweres Ringen, ein opfervoller Kampf, diese beutegierigen Mächte abzuschütteln. Aber die Entscheidung rückt näher und die Arbeiter, die einmal von dieser Erkenntniß erfaßt sind, die werden nicht nachlassen im Kampfe, nicht nachlassen in der Opferfreudigkeit. Sie wissen zu gut, daß nur sie selber sich befreien können und sie wissen, daß sie nicht umsonst kämpfen und nicht umsonst Opfer bringen.

Die Sorge um die Arbeitergroschen ist Heuchelei, wenn sie sich als Sorge um das Wohl der Arbeiter giebt; sie ist bitterer Ernst als Sorge um das Wohl der privilegirten Klassen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Gießerei von S. Capello (Inh. R. Graf) in Mannheim sind ernste Differenzen ausgebrochen. Der Zuzug von Formern ist fernzuhalten. — Die Forderungen der Brauer an die Brauerei Erlwein und Schultheiß in Erlangen wurden bewilligt, als eine Kommission vorstellig wurde. Es scheint das tüchtige Arbeiten des Brauerverbandes und das Zusammenhalten der Gewerkschaften in den Nachbarstädten Fürth und Erlangen die Brauerei so rasch zur Erfüllung der Forderungen ihrer Arbeiter bestimmt zu haben.

Die „Selbstmord-Manie" der Glasbarone. Die rühmlichst bekannten Scharfmacher thun alles mögliche, um den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen. Sie maßregeln lustig darauf los und treiben durch ihre brutalen Maßnahmen, durch ihre unwürdige Behandlungsweise, durch ihre erbärmliche Lohndrückerei die intelligentesten und besten Glasmacher geradezu aus dem Lande. Das — wird man nun sagen — wollen ja gerade diese Herren im Hause: die unruhigen Elemente sollen den Staub von ihren Pantoffeln schütteln. Aber die Sache hat für die Herren Scharfmacher und die Aktionäre noch einen sehr bedenklichen Haken: Man drängt durch dieses brutale Verfahren die Industrie geradezu aus dem Lande. Die Folgen der Scharfmachereien richten sich gegen ihre eigenen Urheber. Deutschland war bisher das Hauptland für die Flaschenindustrie und die Firmen Heye und Siemens hatten geradezu das Monopol darauf oder wenigstens trachteten sie durch Ankauf der kleineren Flaschenfabriken danach, es zu bekommen. Einen Beweis dafür, wie unklug das Beginnen dieser Firmen, die besten und intelligentesten, weil aufgeklärten Arbeiter, zu maßregeln, ist, zeigt folgender, der „Sächs. Arb.-Ztg." aus Antwerpen zugegangener Brief der Genossen Karl Max, der früher bei Siemens arbeitete und den Streik leitete. Er schreibt:

„Ich befinde mich auf der Reise nach Monterey in Mexiko. Wir sind 47 Flaschenmacher mit 40 Frauen und Kindern. Es sind die ganzen von den Flaschenfabrikanten ausgesperrten und von Ort zu Ort gehetzte Flaschenmacher dabei. Die deutschen Flaschenfabrikanten verlieren dadurch ein großes Absatzgebiet, denn dort kommt eine große Glasfabrik in Betrieb. Vorläufig nur eine Wanne, die zweite Wanne (Behälter, worin die Glasmasse geschmolzen wird) wird aber demnächst fertig. Die Glasfabrik in Gerresheim lieferte bis jetzt jährlich ca. 1½ Millionen Flaschen nach dort. Diese aber werden von jetzt ab dort fabrizirt. Das schadet nichts; so mußte es kommen — die Glasbarone wollten es nicht anders. Die Glasfabrikanten haben damit wieder einmal eine sonderbare Art Patriotismus gezeigt: sie nahmen die Ausgesperrten nicht wieder in Arbeit und trieben sie dadurch ins Ausland. Na, das schadet nichts. Wir zerschneiden das Tischtuch nicht. Wir gründen in Monterey eine Filiale der deutschen Glasmacher Union in Toluca (Mexiko). Viele Grüße an unsere Freunde und Genossen usw. (Die Arbeiter-Zeitung bestellen wir uns wenn wir erst an unserem Ziele angelangt sind, durch die Post)."

Wir wünschen den wackeren Genossen, die wegen ihres muthvollen Eintretens für ihre Kollegen mit Weib und Kind von den rachelüsternen Glasbaronen ausgehungert werden sollten, daß ihre Hoffnungen auf eine gesichertere Existenz in fernen Mexiko in Erfüllung gehen mögen. Schlechter als in Deutschland können sie es schwerlich treffen. Die Herren Scharfmacher im Glasgewerbe werden aber nun wohl einsehen, wie sie sich mit ihrem brutalen Verfahren nach dem Streik ins eigene Fleisch geschnitten haben.

Ein häßlich Lied! Pfui! Ein politisch Lied! In Kottbus wurden nach dem „Vorwärts" die Vorstandsmitglieder des Gesangsvereins „Liedeslust" zu je 15 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil das Gericht in dem Singen gewisser Lieder wie „Ein Sohn des Volkes" 2c. eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sah. — Dieses Lied wird namentlich bei Beerdigungen gesungen. Wer künftig am Grabe eines dahingeschiedenen Genossen dieses Lied anstimmt, muß sich also darauf gefaßt machen, wegen polizeiwidriger Abhaltung einer politischen Versammlung unter freiem Himmel bestraft zu werden.

Reichstagskandidaturen. In dem niederrheinischen Agitationsbezirk sind folgende sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden: Lennep-Remscheid: Mettmann: Karl Meist-Köln. Elberfeld-Barmen: Hermann Molkenbuhr-Hamburg. Solingen: Philipp Scheidemann-Offenbach. Essen: Paul Gräser-Elberfeld. Düsseldorf: Hermann Grimpe-Elberfeld. Mühlheim-Duisburg: Clement Hengsbach-Köln. Moers-Rees: Hermann Trilse-Elberfeld. Kempen: Hermann Molkenbuhr-Hamburg. München-Gladbach: Karl Haberland-Barmen. Krefeld: Otto May-Solingen. Neuß-Grevenbroich: Max Sendler-Solingen. Hagen-Schwelm: Joh. Timm-München. Altena-Iserlohn: Wilhelm Gewehr-Elberfeld. — Unbesetzt sind die Kreise Cleve-Geldern und Siegen.

Die russische Militärverwaltung und der achtstündige Arbeitstag. Am Anfang des Jahres 1902 forderte der russische Kriegsminister alle Vorsteher der Militärwerkstätten auf, ihre Meinung darüber zu äußern, in wiefern sie die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in den ihnen unterstehenden Werkstätten für nothwendig und möglich erachten. Auf diese Anfrage erthielten die Ingenieur- und Artilleriebehörden die Antwort, daß sie die Durchführung dieser Maßnahme in ihren Ressorts für unmöglich halten, da alle Arbeiten hier an Unternehmer vergeben werden und

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es war eine tolle Jagd! Der Pseudograf hatte es, als er sich verfolgt sah, vorgezogen, den Weg, den er hergekommen, zunächst wieder zurückzufahren, weil er denselben kannte, während ihm die neu einzuschlagenden Pfade unbekannt waren. In wilder Hast ging es über die Brücke hinweg, durch die Neustadt hindurch, die Trachenbergerstraße hinaus. Der Assessor fuhr schon seit zwei Jahren, er war mit seinem Automobil und allen Handgriffen vollkommen vertraut, er kannte die Eigenschaften der Maschine, auch saß neben ihm der ebenfalls gewandte Wagenführer Reichardt, der ihm Beistand leistete; beide steigerten, sobald sie nur erst die freie Straße vor sich sahen, die Schnelligkeit ihres Fahrzeuges derart, daß sie, noch bevor man die Gegend des Wilden Mannes erreichte, den Wagen des Ausreißers wenigstens in Sicht bekamen.

„Dort ist er", rief der Assessor erfreut. „Jetzt alle Kräfte angestrengt, Reichardt — schon beginnt es zu dunkeln — wenn wir erst in die Finsterniß hineinkommen, ist alles verloren!"

„Unsere Gefährten sind noch nicht zu hören und zu sehen", bemerkte der Freund mit einem Blicke nach rückwärts.

„Was thut es — wir sind zu zweien und der Verbrecher allein. Haben Sie eine Waffe bei sich?"

„Nein."

„Ist auch nicht — immerhin — nur vorwärts!"

Die Räder drehten sich mit rasender Geschwindigkeit, der Wagen flog mit der Eile des Schnellzuges dahin. Trotzdem verminderte sich die Entfernung zwischen Verfolgern und Verfolgtem absolut nicht. Auch der Flüchtling nahm die Kräfte seiner Maschine bis zum äußersten in Anspruch. Nach und nach begann das Terrain unwegsamer zu werden, die Entfernung blieb aber, da beide Wagen mit denselben Hindernissen zu rechnen hatten, dieselbe.

Mehr und mehr brach die Dunkelheit herein. Die Straße zog sich durch einen dichten und ausgedehnten Wald. Noch immer folgten sich die feindlichen Fahrzeuge, aber immer undeutlicher ließ sich der Phaeton in der herrschenden Finsterniß erkennen. Zuletzt entschwand er ganz ihren forschenden Blicken.

„Er entgeht uns", jammerte der Assessor. „Der Schurke brennt kein Licht."

„Das ist sehr klug von ihm."

„Er muß wahnsinnig sein, so zu fahren in dieser Dunkelheit — es kann ein Unglück geben."

„Um so besser", versetzte phlegmatisch Reichardt. „Dann haben wir ihn sicher." . . .

Eine halbe Stunde später hielt der so eifrig und hartnäckig verfolgte Kraftwagen vor der Schmiede eines kleinen Dorfes in der Nähe von Großenhain. Obwohl es bereits auf zehn Uhr ging, brannte in der Werkstätte das Feuer noch und der Schmied arbeitete noch wacker mit seinem Lehrling. Der Fahrer sprang ab, riß die Thür auf und trat hastig in die Schmiede.

„Meister, mir ist etwas an der Lenkvorrichtung entzwei gegangen; ich habe Eile, können Sie den Schaden unter meiner Leitung und mit meiner Hülfe ausbessern?"

Der Schmied folgte dem Fremden vor die Thür, betrachtete neugierig das Automobil und dann die reparaturbedürftige Stelle, worauf er sich bereit erklärte, die Reparatur vorzunehmen. Unverzüglich gingen die beiden Männer an die Arbeit, der Wagenbesitzer leistete zum großen Erstaunen des Schmiedes ebenso thatkräftige wie sachverständige Beihülfe.

Da — die Arbeit war beinahe beendet — hörte man das Geräusch eines sich mit ungeheurer Schnelligkeit nähernden Gefährts.

Der Automobilist stieß einen Fluch aus, sprang in seinen Wagen, setzte den Mechanismus in Thätigkeit.

„Aber Herr, wir sind —"

„Thut nichts, ich muß fort — es gilt eine Wette. Hier — für Ihre Mühe."

Er warf dem Schmied einen Thaler zu und sauste davon. Gleich darauf erschien das Automobil des Assessors, der gewandte Fahrer brachte seinen Wagen nicht einmal zur Ruhe, sondern rief schon von weitem den neugierig harrenden Schmied an:

„Ist ein Motorwagen vorbeigekommen?"

„Ja."

„In welcher Richtung ist er fort?"

„Dorthin."

Die ausgestreckte Hand des Schmiedes war im Schein des aus der offenen Werkstattthüre hervorragenden Lichtes deutlich sichtbar.

„Danke."

Das Fahrzeug jagte weiter. Kaum war die Biegung der Straße passirt, so entdeckten die Insassen den Gegenstand ihres Strebens. Erneute Anstrengungen, aber der Phaeton behauptete seinen Ruf. Die Dimension begann sich wieder zu vergrößern.

„Wir bekommen ihn nicht," äußerte resignirt der junge Reichardt, welcher der Hetze, trotz der damit verbundenen Aufregung, allmählich müde wurde.

„Ich fürchte ebenf—"

Alfred vollendete nicht, denn in demselben Augenblick vernahmen die beiden Freunde einen gewaltigen Krach, wie ein jäher, mit ungeheurer Kraft ausgeführter Stoß gegen einen festen und starken Gegenstand ihn hervorzubringen pflegt.

„Das ist der Phaeton," rief der Assessor erregt. „Der Bube ist verunglückt."

„Er ist gegen einen Baum gerannt oder mit einem anderen Wagen zusammengestoßen."

ne Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Erhöhung der reise führen würde. Nur die Intendantur, wo die Arbeit cht vergeben ist und die Ausplünderung der Staatskasse ekt und in großem Maßstabe betrieben wird, gab eine astige Antwort aus dem einfachen Grunde, weil dies sehr enig in der ganzen Raubwirthschaft ausmachen würde. nd so kam im Laufe der letzten Monate der Erlaß des riegsministers, wodurch der achtstündige Arbeitstag in den erkstätten der Intendanturverwaltung eingeführt wird. us diesem Anlaß wurden in den Kirchen Dankgebete angeellt, die Wohlthaten des Zaren für sein Volk gepriesen und aßregeln zur Verhütung der Verseuchung der nun freien rbeiter durch schädliche Ideen ꝛc., berathen. Wie sah aber e Wohlthat aus? Von ca. 100 000 Arbeitern, die von r Kriegsverwaltung beschäftigt werden, kommen auf die ntendanturbehörde im Ganzen 600 Mann. Vor kurzer eit wandte sich der Kriegsminister wieder an die Militärhörden mit einem Geheimzirkular, worin er dieselben aufderte, ihm genaue Angabe über die Bedingungen der Arit, hygienische Schutzmaßregeln, Länge des Arbeitstages ꝛc. ihren Werkstätten zugehen zu lassen. Der zur Durchhrung der nöthigen Maßregeln, die keine Palliativen, sonrn radikale (!) Reformen sein sollen, erforderliche Kredit ihm seitens der Regierung für die Dauer von sechs ahren zugesichert worden. Vergleicht man den Geheimlaß des Kriegsministers aus Anlaß der sozialistischen ropaganda im Militär mit diesen neuen Bemühungen, die oziale Frage" in seinem Ressort zu lösen, so sieht man den chtigen Beweggrund: es ist die Angst vor der Ausbreitung r „schädlichen" Ideen im Militär; so hofft man die Bewegung auf diesem Gebiet einzudämmen.

Kommunal-Sozialismus. Die sizilianische Stadt atania, in welcher die Sozialisten im Gemeinderath die ehrheit haben, und deren Bürgermeister der bekannte ozialist De Felice ist, wird mehr und mehr mustergültig r die Verstadtlichung der verschiedensten Industrien und erkehrsmittel. Nachdem die Stadt vor Kurzem die Brodbrikation in eigene Regie genommen hat, wurde in der zten Gemeinderathssitzung der Beschluß gefaßt, besondere erke zur Produktion von Eis zu errichten; mit denselben llen Kühlräume für die Aufbewahrung des Fleisches verunden werden. Demnächst wird der Gemeinderath sich mit er Frage der Beleuchtung der Stadt, der öffentlichen Gärten nd der Theater durch elektrisches Licht, dessen Produktion e Stadt ebenfalls in die Hände zu nehmen hätte, zu beassen haben. Das Beispiel Catanias findet in den anderen zilianischen Städten mehr und mehr Nachahmung. So urde dieser Tage in einem Monster-Meeting in Palermo n Anschluß an eine Rede De Felices beschlossen, auch er für die Munizipalisation der Brodfabrikation einzureten.

Aus Nah und Fern.

Wieder ein Fortschritt unseres Militärs. Schon eit langem ist man gewöhnt, daß bei Streiks den Unterehmern Soldaten zur Aushülfe gestellt werden. Jetzt ist ese staatserhaltende Thätigkeit des Militärs weiter ausehnt worden. In Rastenburg (Ostpreußen) konnte an in der letzten Oktoberwoche in einer Dampftischlerei ist vier, dann fünf Soldaten arbeiten sehen. Weshalb? ar so übermäßig viel zu thun und konnte man gar keine ndern Tischler bekommen? O nein, arbeitslose Tischler ab's damals und giebt's heute leider in übergroßer Zahl m Deutschen Reiche. Aber die Soldaten arbeiten für — ,20 Mark Tagelohn!! In der Tischlerei wurde damals die Einrichtung einer Turnhalle hergestellt, und während die Soldaten arbeiteten, wurde ein Geselle nach em anderen entlassen, so daß schließlich von 12 Gesellen nur noch vier übrig waren. Trotzdem trat am 2. November noch ein Soldat ein. Das ging nun den Gesellen doch über die Hutschnur, und es fand sich endlich jemand, der an den Feldwebel der Kompagnie schrieb und um Zurückziehung der Soldaten ersuchte, widrigenfalls man sich an die höheren Vorgesetzten wenden werde. Nunmehr wurden am 11. November die Soldaten zurückgezogen. — Selbstverständlich, wie das im Staate der Gottesfurcht und frommen Sitte nicht anders denkbar ist, war die Sache damit noch nicht erledigt, sondern der ehrsame Tischlermeister, der es so gut verstanden hatte, sich auf Kosten des Vaterlandes billige Arbeitskräfte zu verschaffen, war aufs Tiefste sittlich entrüstet, daß man gewagt hatte, ihm das zu vereiteln. Er suchte vier Wochen lang, dann erklärte er einen der Gesellen für den „Thäter", der den Brief an den Feldwebel geschrieben habe (natürlich einen falschen, der Brief war überhaupt nicht von einem Gesellen geschrieben) und setzte ihn zum Jahresschluß hinaus. Es versteht sich am Rande, daß er ihn zugleich in dem ganzen Städtchen als Sozialdemokraten ins Gerede brachte, so daß der Geselle dort vermuthlich keine Arbeit mehr findet, sondern sein Bündel wird schnüren müssen. Das ist auch so ein Beitrag zur „gesicherten Existenz" der Arbeiter.

Polizeiliche Uebergriffe. Die Elbinger Strafkammer verurtheilte, wie schon kurz gemeldet, den Polizei-Sergeanten Schneider aus Marienburg, der sich wegen schwerer Körperverletzung und Mißhandlung eines Arrestanten zu verantworten hatte. In dem Plaidoyer führte der Staatsanwalt aus: Es fehle jede Spur zu einer milden Beurtheilung des Falles. Der Angeklagte sei im Dienst schon oft vorbestraft und von seinen Amtspflichten habe er so gut wie gar keine Ahnung. Die Auffassung seiner Obliegenheiten sei bei ihm höchst mangelhaft. Er habe den Weinert, so heißt der Arrestant, behandelt, wie man nicht einmal ein Thier behandele. Er beantragte 10 Monate Gefängniß. Das Urtheil lautete auf sechs Monate und drei Tage Gefängniß. In der Urtheilsbegründung wurde ausgeführt: Die Behandlung des Publikums in Marienburg mag schwierig sein, das sei aber zum großen Theil darauf zurückzuführen, daß es dort Polizeibeamte gäbe, die gegen alles Recht verstoßen und welche die den Schutz der persönlichen Freiheit betreffenden Gesetze nicht beachten, so daß oft unmotivirte Verhaftungen vorkommen.

Eine Zeitungsnotiz als grober Unfug Die „Berliner Morgenzeitung" brachte in ihrer Nummer 106 vom verflossenen Jahre eine Notiz aus der Provinz über ein Duell zwischen einem Leutnant und einem Oberstabsarzt. Der Oberstabsarzt sollte verwundet und theilweise dienstuntauglich geworden sein. Er wurde dem jungen Leutnant als älterer erfahreren Mann in geachteter Stellung gegenübergestellt. Die Nachricht erwies sich als erfunden. Der verantwortliche Redakteur Band von der „Morgenzeitung" wurde daraufhin wegen groben Unfugs angeklagt und in zweiter Instanz vom Landgericht Berlin zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurtheilt. Das Landgericht führte aus: Grober Unfug könne auch durch die Presse verübt werden. Die Notiz, die ihrem ganzen Inhalte nach erfunden wäre, sei wohl geeignet gewesen, bei dem zahlreichen Lesepublikum der „Berliner Morgenzeitung" Beunruhigung hervorgerufen und es zu belästigen, denn gerade damals habe eine tiefgehende Erregung geherrscht infolge des Bekanntwerdens einiger Duelle, die aus frivolem Anlasse hervorgegangen waren. Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, daß die Merkmale des groben Unfugs hier nicht vorlägen. Auch habe er im guten Glauben gehandelt, wenn er die Notiz aufnahm, die ihm auf einer Postkarte von einem angeblichen Abonnenten der „Berliner Morgenzeitung" zugegangen sei. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Mit Recht nehme das Landgericht an, daß auch durch die Presse grober Unfug verübt werden könne. Die Beunruhigung des Lesepublikums genüge, denn dieses stelle eine unbegrenzte Personenmehrheit dar. Eine solche Beunruhigung sei aber hier festgestellt. Ein persönliches Verschulden liege auch vor, weil die Notiz eines Abonnenten ohne jede Prüfung aufgenommen sei. — Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn das Kammergericht in der Lage gewesen wäre, auch nur einen einzigen Leser auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der sich durch die irrige Notiz beunruhigt gefühlt hat. Der Justizminister hat erst kürzlich an die Staatsanwälte ein Rundschreiben erlassen, nach dessen Inhalt man annehmen konnte, daß der grobe Unfug des groben Unfugsparaphen in der Praxis etwas weniger wie bisher verübt werden würde. Vor unrichtigen Mittheilungen wird sich keine Redaktion dauernd schützen können. Da es ein bürgerliches Blatt war, welches jetzt dem Unfugsparagraphen zum Opfer fiel, sollte man annehmen, daß alle Parteien des Reichstages eine Aenderung dieses kautschukartigen Passus im Strafgesetzbuch verlangen.

Einem eigenartigen Falschmünzertrik ist man in Berlin auf die Spur gekommen. Dort ist eine Anzahl Zwanzigmarkstücke beschlagnahmt, denen Gold im Werthe von 3 Mk. entnommen worden war. Die Goldstücke sind vom Rand aus angebohrt, sodann vom inneren Kern der Münze eine Quantität Goldes im Werthe von 3 Mk. herausgenommen, die Oeffnung mit Blei und Zinn gefüllt und der angebohrte Rand vergoldet. Die entwertheten Münzen sind am Klang und Gewicht leicht erkennbar.

Der schwarze Mann.

Beim Präsidenten klopft es an:
„Mach auf, mach auf, du greiser Mann!

„Mach auf die Thüre leis und sacht;
Ich komm' zu dir in finstrer Nacht."

Der Präsident schließt auf die Thür,
Ein schwarzer Mann tritt jetzt herfür.

„Wer bist du?" fragt den Gast der Greis.
„Wer kommt um Mitternacht so leis?"

Der schwarze Mann tritt stumm herein,
Zeigt sein Gesicht im Lampenschein.

„Hilf Gott! Jetzt erst erkenn' ich dich!
Bist du gesandt, zu holen mich?"

Da steht der Schwarze lang und schweigt,
Das Haupt auf seine Brust geneigt.

Und stumm steht auch der Präsident;
Es zuckt sein Mund, die Wange brennt.

Der Schwarze winkt, der Schwarze nickt;
„So hör, weshalb man mich geschickt.

„Ich hol' dich nicht, du alter Mann;
Du stehst ja nicht in meinem Bann.

„Wohl andrer Auftrag, groß und schwer,
Der führt um Mitternacht mich her.

„Du sollst uns helfen aus der Noth!
Sollst willig folgen dem Gebot!

„Noch giebt es leider einen Ort,
Wo bisher frei ein wahres Wort.

„Der Wahrheit letzte Freistatt war
In deiner Hut so manches Jahr.

„Die letzte Freiheit, die verbürgt,
Sie werde nun von dir erwürgt.

„Du bist zum Henker ausersehn;
Du sollst auch selbst den Strick noch drehn."

Der Alte bebt und schwankt und zuckt
Und quält sich lang, eh er sich duckt.

„Ich bin bereit! Sag, schwarzer Mann,
Wie ich als Henker dienen kann."

Der Schwarze zischelt: „Fragst du noch?
Ich denk', du kennst die Sache doch?

„Der Krupp, der todte Krupp geht um!
Es raunt und flüstert ringsherum.

„Der todte Krupp, er hat nicht Ruh';
Es raunt und flüstert immerzu.

„Der todte Krupp! Es darf nicht sein!
Der Todte bleib' in seinem Schrein.

„Was wir gesagt — es ist gesagt!
Doch keine Antwort sei gewagt!

„Das Kruppgeheimniß bleib' im Grab;
Wir senkten's mit dem Krupp hinab.

„Laß niemand an die Gruft hingehn,
Laß nicht die Wahrheit auferstehn!

„Die Wahrheit nicht! Die Wahrheit nicht!
Den Knebel dem, der Wahrheit spricht."

Der Schwarze schweigt; der andre blickt
Zu Boden lang, bevor er nickt.

Dann sagt er: „Schwarzer, hast mein Wort!
Doch jetzt verlaß mich, heb dich fort!

„Die Freiheit morden und das Recht —
Ein schwerer Dienst als Henkersknecht!"

Wochenplauderer des „Hamb. Echo".

„Vorsicht also — achten wir auf den Weg, damit wir eine Kollision vermeiden."

Die Fremde mäßigten den Lauf ihres Gefährts, trotzdem trugen dreißig Sekunden sie auf den Schauplatz des Unfalles. Ohne Besinnen oder Furcht sprangen beide aus dem Fahrzeug, Reichardt mit der Lampe in der Hand, den Boden beleuchtend. Die Landstraße war mit Trümmern und Wagentheilen bedeckt, der Phaeton war thatsächlich gegen einen Baum gestoßen und infolge der Wucht des Stoßes zusammengebrochen.

Wo aber war sein waghalsiger Führer?

„Er ist anscheinend mit heiler Haut davongekommen und setzt seine Flucht zu Fuß fort —"

„Solche Leute fallen wie Katzen, immer auf die Füße," versetzte der Assessor ärgerlich.

Da vernahmen beide ein schwaches Gestöhne.

„Das ist er — er ist jedenfalls verletzt — leuchten Sie Reichardt."

Gleich darauf zogen sie den Körper unter den Trümmern des Wagens hervor. Er sah blaß und verschwitzt aus, einzelne Blutstropfen flossen über sein Gesicht. Wie sich Alfred überzeugte, rührten sie von einer Wunde an der Stirn her; jedenfalls war sein Kopf durch den Stoß gegen die Vorderseite des Fahrzeuges geschleudert worden. Sonst zeigten sich außer einigen leichten Kontusionen keinerlei Verletzungen.

„Der Bursche ist noch gut weggekommen," mitheilte Alfred nach beendeter Untersuchung. „Zum Glück für uns hat ihn der Stoß vor den Kopf wenigstens niedergestreckt, sonst wäre er davongelaufen und wir hätten das Nachsehen. Helfen Sie mir, ihm Hände und Füße binden, Reichardt! er wird Kräfte und Bewußtsein sofort wieder erlangen, in welchem Falle wir ernsten Widerstand zu erwarten haben."

Riemen und Stricke führte der Assessor in seinem Koffer bei sich, um für etwaige Unfälle unterwegs gerüstet zu sein, daher befand sich der Flüchtling, bevor er noch den Gebrauch seiner Glieder wiedererlangte, wohlgeborgen und gefesselt in dem Wagen des Assessors, der darauf ohne Zögern die Rückfahrt antrat.

„Der Kommissar und Graf Arvary werden Gesichter machen," jubelte Reichardt.

„Wo sie überhaupt nur stecken mögen?"

„Pah, sie sind weit zurück —"

„Oder auch umgekehrt."

„Der geheimnißvolle Diebstahl im Hause meines Onkels Gisbert wird nun wohl auch seine Erklärung finden."

„Dann schlagen wir drei Fliegen mit einer Klappe. Wir haben einen dreifachen Spitzbuben festgenommen — den Dieb einer großen Geldsumme, eines Automobils und der Werthsachen Ihres Onkels."

„Allerdings — das Automobil ist freilich futsch."

„Und Ihres Onkels Eigenthum bis auf den mysteriösen Ring wahrscheinlich auch."

„Und die 50000 Mark? Vielleicht hat der Schuft sich ihrer vorsichtshalber längst entledigt?"

Reichardt griff dem Gefangenen, der sich nicht widersetzen konnte, obwohl er jetzt bei voller Besinnung war und seine Augen forschend auf seinen Wächtern ruhen ließ, ohne Umstände in die Brusttasche. Richtig — da steckte eine große Brieftasche, und als er sie öffnete, fiel sein Blick auf die ihm wohlbekannten Scheine, er verschloß die Brieftasche sorgfältig wieder, um sie dann dem Assessor zur Aufbewahrung zu überliefern.

„Geben Sie mir die Brieftasche zurück," hub da der Gefangene herausfordernd an. „Sie ist mein Eigenthum."

„Möglich, aber der Inhalt nicht."

„Auch dieser. Wie kommen Sie überhaupt dazu, mich wie einen Verbrecher zu verfolgen und zu hetzen? Mich zu überfallen und zu binden?"

Der Assessor lachte.

„Frecher Bursche," rief er entrüstet, „wie kommen Sie denn dazu, zu fliehen, wenn Sie ein gutes Gewissen haben? Versuchen Sie nicht, uns zu täuschen, wir kennen alle Ihre Sünden. Dieses Geld ist gestohlen, ebenso das leider nun zertrümmerte Automobil — außerdem wette ich noch besonders, daß Sie selber meinem Onkel den Ring und alles andere entwendet haben, denn ich besinne mich jetzt, Sie schon gesehen zu haben, wie Sie aus Dreilinden herauskamen."

Langewaldt erkannte nun, daß Dreistigkeit und Sicherheit ihm hier nichts nützten. Daher fuhr er kleinlauter fort:

„Wohin wollen Sie mich bringen?"

„Wir überliefern Sie dem Polizeikommissar Allmers und dem Grafen Arvary. — Sie haben uns heute für eine Viertelstunde getäuscht, trotzdem freuen wir uns des Rencontres, denn ohne das hätte ich den Ring nicht wahrgenommen und mich an Ihrer Verfolgung wohl kaum betheiligt. Und nur mein Wagen besaß die erforderliche Geschwindigkeit, den Phaeton Arvarys einzuholen."

„Der verfluchte Ring," murmelte der Verbrecher wüthend.

„Warum waren Sie eitel genug, ihn anzustecken?" fragte Reichardt schadenfroh.

Der Gefangene antwortete nur mit einem haßerfüllten Blick. Nach einer Weile schweigenden Sinnens begann er mit leiser Stimme:

„Herr Assessor, ich möchte wohl ein paar Worte insgeheim mit Ihnen reden."

„Mit mir?"

„Ja — es handelt sich um eine für Ihren Herrn Onkel äußerst wichtige Sache."

Der Assessor brachte den Wagen zum Stehen. „Haben Sie die Güte, einen Augenblick auszusteigen, Reichardt —"

Der Freund erfüllte bereitwillig den Wunsch, er entfernte sich so weit, als die Wahrung des diskreten Charakters des Gesprächs es erforderte.

(Fortsetzung folgt.)

Verleger: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.